



Stadtratssitzung
Donnerstag, 4. Mai 2006, 17.00 Uhr
Grossratssaal im Rathaus

Traktanden	Geschäfts- nummer
1. Motion Urs Frieden (GB): Mehr grüne Kraft: Energiefachstelle stärken (SUE: Hayoz)	05.000406
2. Motion Urs Frieden (GB): Mehr grüne Kraft: Revision des Oekofondsreglements (SUE: Hayoz)	05.000405
3. Motion Natalie Imboden (GB): Mehr grüne Kraft: Eine griffige Energiestrategie für Bern! (SUE: Hayoz)	05.000404
4. Postulat Urs Frieden (GB): Mehr grüne Kraft: Holz statt Gas (SUE: Hayoz)	05.000401
5. Interpellation Urs Frieden (GB): Mehr grüne Kraft: Absatz von Oekostrom fördern! (SUE: Hayoz)	05.000394
6. Motion Natalie Imboden (GB): Mehr grüne Kraft: Atomausstieg als Ziel – Beteiligungsstrategie überdenken (SUE: Hayoz)	05.000403
7. Postulat Natalie Imboden (GB): Mehr grüne Kraft: Ausstieg aus Fessenheim: Unterstützung des trinationalen Atom-Schutzverbands (SUE: Hayoz)	05.000400
8. Motion Franziska Schnyder (GB): Mehr grüne Kraft: Neues ewb-Tarifsystem (SUE: Hayoz)	05.000402
9. Interpellation Franziska Schnyder (GB): Mehr grüne Kraft: ewb im liberalisierten Energiehandel (SUE: Hayoz)	05.000396
10. Interpellation Franziska Schnyder (GB): Mehr grüne Kraft: Re-Investitionsplanung bei ewb (SUE: Hayoz)	05.000395
11. Dringliche Interpellation Fraktion SVP/JSVP (Thomas Weil, SVP): Der 1. April ist kein Tag für Scherze, wenn die Antifa vor der Türe steht! (SUE: Hayoz)	06.000063
12. Dringliche Interpellation Lydia Riesen/Dieter Beyeler (SD): Unterbindung eines Diskogrossbetriebes im Stade de Suisse Wankdorf! Keine weitere Nachtruhestörung im Wohnquartier! (SUE: Hayoz)	06.000064
13. Postulat Fraktion GFL/EVP (Verena Furrer-Lehmann, GFL): Botschaftsfestungen gehören nicht in Quartierstrassen (SUE: Hayoz)	05.000037
14. Interpellation Fraktion SP/JUSO (Beni Hirt, JUSO): Hochwasser 2005 – Früherkennung, Alarmierung, Notfallkonzept – Wo sind sie geblieben? (SUE: Hayoz)	05.000343
15. Interpellation Fraktion GFL/EVP (Barbara Streit-Stettler, EVP): Hochwasser August 2005: Hätte die Alarmierung der betroffenen Bevölkerung nicht früher erfolgen können? (SUE: Hayoz)	05.000342

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Protokoll Nr. 13	579
Präsenzliste der Sitzung 17.00 bis 19.10 Uhr	581
Mitteilungen des Vorsitzenden	582
Traktandenliste	582
Persönliche Erklärung	582
Block A: Energiestrategie, Energiepolitik.....	583
1 Motion Urs Frieden (GB): Mehr grüne Kraft: Energiefachstelle stärken	583
2 Motion Urs Frieden (GB): Mehr grüne Kraft: Revision des Ökofondsreglements.....	585
3 Motion Natalie Imboden (GB): Mehr grüne Kraft: Eine griffige Energiestrategie für Bern!	586
4 Postulat Urs Frieden (GB): Mehr grüne Kraft: Holz statt Gas	589
5 Interpellation Urs Frieden (GB): Mehr grüne Kraft: Absatz von Ökostrom fördern.....	590
Block B: Atomenergie und Ausstieg	602
6 Motion Natalie Imboden (GB): Mehr grüne Kraft: Atomausstieg als Ziel – Beteiligungsstrategie überdenken.....	602
7 Postulat Natalie Imboden (GB): Mehr grüne Kraft: Ausstieg aus Fessenheim: Unterstützung des trinationalen Atom-Schutzverbands.....	604
Block C: Gebühren und Investitionen	610
8 Motion Franziska Schnyder (GB): Mehr grüne Kraft: Neues ewb-Tarifsystem.....	610
9 Interpellation Franziska Schnyder (GB): Mehr grüne Kraft: ewb im liberalisierten Energiehandel	612
10 Interpellation Franziska Schnyder (GB): Mehr grüne Kraft: Re- Investitionsplanung bei ewb.....	614
Eingänge	620

Präsenzliste der Sitzung 17.00 bis 19.10 Uhr

Vorsitzender

Präsident Peter Künzler

Anwesend

Hans Peter Aeberhard
 Michael Aebersold
 Raymond Anliker
 Carolina Aragón
 Stefanie Arnold
 Gabriela Bader Rohner
 Rania Bahnan Büechi
 Thomas Balmer
 Giovanna Battagliero
 Christof Berger
 Peter Bernasconi
 Dieter Beyeler
 Margrith Beyeler-Graf
 Markus Blatter
 Peter Bühler
 Anna Coninx
 Conradin Conzetti
 Dolores Dana
 Myriam Duc
 Anastasia Falkner
 Karin Feuz-Ramseyer
 Andreas Flückiger
 Urs Frieden
 Rudolf Friedli
 Verena Furrer-Lehmann

Jacqueline Gafner Wasem
 Karin Gasser
 Simon Glauser
 Thomas Göttin
 Ueli Haudenschild
 Erich J. Hess
 Beni Hirt
 Stephan Hügli-Schaad
 Natalie Imboden
 Mario Imhof
 Ueli Jaisli
 Daniele Jenni
 Stefan Jordi
 Sarah Kämpf
 Daniel Kast
 Rudolf Keller
 Andreas Krummen
 Claudia Kuster
 Annette Lehmann
 Daniel Lerch
 Anna Magdalena Linder
 Liselotte Lüscher
 Ursula Marti
 Corinne Mathieu

Patrizia Mordini
 Erik Mozsa
 Philippe Müller
 Nadia Omar
 Lydia Riesen-Welz
 Simon Röthlisberger
 Heinz Rub
 Hasim Sancar
 Franziska Schnyder
 Beat Schori
 Rolf Schuler
 Miriam Schwarz
 Hasim Sönmez
 Ernst Stauffer
 Barbara Streit-Stettler
 Ueli Stückelberger
 Martin Trachsel
 Gisela Vollmer
 Christian Wasserfallen
 Catherine Weber
 Anne Wegmüller
 Sandra Wyss
 Beat Zobrist
 Andreas Zysset

Entschuldigt

Beat Gubser
 Marcus Häberli

Christoph Müller
 Reto Nause

Erich Ryter
 Thomas Weil

Vertretung Gemeinderat

Barbara Hayoz SUE

Edith Olibet BSS

Entschuldigt

Alexander Tschäppät PRD

Regula Rytz TVS

Kurt Wasserfallen FPI

Ratssekretariat

Jürg Stampfli

Stadtkanzlei

Irène Maeder Marsili

Mitteilungen des Vorsitzenden

Der Vorsitzende *Peter Künzler*: Ich möchte als neues Mitglied in den Reihen der SP/JUSO-Fraktion Hasim Sönmez im Stadtrat begrüßen.

Traktandenliste

Die Traktanden 1, 2, 3, 4 und 5 sowie die Traktanden 6 und 7 und die Traktanden 8, 9 und 10 werden gemeinsam behandelt.

Persönliche Erklärung

Erich J. Hess (JSVP): Aufgrund der Berichterstattung, welche in der Folge der Vorgänge der letzten Stadtratssitzung in den verschiedenen Medien erfolgt ist, sehe ich mich dazu genötigt, eine Erklärung abzugeben. Im Zuge der öffentlichen Debatte ist sowohl im Stadtrat als auch in den Medien der Eindruck entstanden, dass ich abgewiesene Asyl Suchende mit Insekten verglichen hätte. Ich wollte in meiner Stellungnahme zur Motion der Ratslinken im Zusammenhang mit der Unterstützung abgewiesener Asylbewerber durch die Stadt Bern darlegen, dass gegen solche Personenkreise härter vorgegangen werden müsste. Ich habe eine einfache Lösung aufgezeigt, nämlich den Entzug der finanziellen Mittel. Damit habe ich, ebenso wie ich in meinem Zimmer wegen der Ameisen lediglich die Getränkeflaschen unter dem Bett entfernt habe, kein Gift eingesetzt. In diesem Vergleich standen die Getränkeflaschen für die finanziellen Mittel. Letztendlich ging es nicht um die Ameisen, sondern um den Entzug der finanziellen Mittel. Ich wollte damit aufzeigen, dass die Behörden der Stadt Bern in gleicher Weise vorgehen sollten. Ich möchte mich von ganzem Herzen bei denjenigen entschuldigen, welche mich falsch verstanden haben. Der Vergleich mit den Ameisen war vielleicht nicht der glücklichste, ich hätte auch einen Vergleich mit einer Kuh auf einer Weide ziehen können.

- Das Votum von Erich J. Hess muss unterbrochen werden. -

Simon Glauser (SVP): Nicht nur dort, wo gearbeitet wird, geschehen Fehler, sondern auch dort, wo gesprochen wird. Fehler sind menschlich. Es ist jedoch so, dass nur diejenigen, welche einsichtig sind und aus den begangenen Fehlern die entsprechenden Schlüsse ziehen und aus den Fehlern lernen, im Leben weiter kommen. Aus diesem Grund kann die Fraktion SVP/JSVP ihre Enttäuschung über die fehlende Einsicht unseres Stadtratskollegen Erich Hess nicht ganz verbergen. Es ist schade, dass er an dieser Stelle nicht einsehen möchte, dass er mit der verbalen Entgleitung von letzter Woche schlicht und einfach einen Fehler gemacht hat. Es ist schade, dass es sich bei seiner Erklärung nicht um eine Entschuldigung, sondern um eine Richtigstellung handelt, in der er bereits wieder einen Vergleich gezogen hat. Eine Entschuldigung im eigentlichen Sinne wäre nicht ein Zeichen von Schwäche gewesen, sondern Erich Hess hätte im Gegenteil damit Grösse zeigen können. Wir sind zwar der Meinung, dass eine Diskussion lebhaft, hart, direkt, provozierend und hin und wieder auch polemisch geführt werden darf, die Sachlichkeit der Voten dabei jedoch stets gewährleistet sein muss. Es kommt immer darauf an, was Person B versteht, wenn Person A etwas sagt. Wer mit historisch negativ behafteten Ausdrücken oder Vergleichen argumentiert, kann aus unserer Sicht nur Fehler machen. Die SVP/JSVP-Fraktion möchte sich an dieser Stelle für die Äusserung ihres Ratskollegen in aller Form entschuldigen. Gleichzeitig sind wir jedoch auch

der Meinung, dass die Diskussion rund um die Voten von letzter Woche mit den heutigen Voten abgeschlossen werden können. Wir hoffen trotz allem, dass Erich Hess aus dieser Geschichte etwas lernen konnte. Die Fraktion hat dies auf jeden Fall getan.

- Die Traktanden 1, 2, 3, 4 und 5 werden gemeinsam behandelt. -

Block A: Energiestrategie, Energiepolitik

1 Motion Urs Frieden (GB): Mehr grüne Kraft: Energiefachstelle stärken

Geschäftsnummer 05.000406 / 06/071

Die Energiefachstelle der Stadt Bern ist heute mit 40 Stellenprozenten viel zu schwach dotiert. Auch sollte ihr Pflichtenheft neu umschrieben werden. Die Fachstelle sollte gezielt als beratendes Organ des Gemeinderates in seiner Funktion als Eigentümervertreter und Mitglied im Verwaltungsrat von ewb eingesetzt werden können. Ihre Aufgabe zur Beratung und Vorbereitung strategischer Entscheide des Gemeinderates kann sie heute aber nicht in genügendem Ausmass wahrnehmen. Die Anknüpfung an die Tätigkeiten von ewb und dem Ökofonds muss verstärkt werden.

Im Budget 2006 sind zwar 192'000 Franken für alles, also inkl. Lohn, Honorare an Dritte etc. vorgesehen (bisher 150'000). Das bedeutet zwar eine bescheidene Aufstockung durch den Gemeinderat, ist aber unserer Ansicht zu wenig, um alle Funktionen erfüllen zu können

Wir fordern deshalb vom Gemeinderat:

1. einen Ausbau der Energiefachstelle auf 150 Prozent mit einer Neuausrichtung des Pflichtenhefts.
2. Ein fester Anteil aus dem Ökofonds soll für Projekte und Arbeiten der Energiefachstelle herangezogen werden können, zur Umsetzung von Massnahmen gemäss der neuen Energiestrategie des Gemeinderates und des Massnahmenkatalogs.
3. Es ist zu prüfen, ob die Führung des Ökofonds durch die Stadt Bern nicht zweckmässiger ist.

Bern, 25. August 2005

Antwort des Gemeinderats

In der Antwort des Gemeinderats auf die interfraktionelle Motion SP/JUSO, GB/JA!/GPB, GFL/EVP (Michael Aebersold, SP / Catherine Weber, GB / Peter Künzler, GFL): Städtische Energiefachstelle (SRB 120 vom 27. März 2003) beschreibt der Gemeinderat den Aufgabenkatalog der Energiefachstelle, so wie er auch in die Stellenbeschreibung des Stelleninhabers Eingang gefunden hat:

- Die Energiefachstelle liefert die fachlichen Grundlagen für die Energie- und Klimapolitik des Gemeinderats und aktualisiert diese laufend.
- Das Label Energiestadt soll erhalten bleiben. Die Energiefachstelle schlägt dazu Massnahmen vor und unterstützt die energiepolitische Öffentlichkeitsarbeit.
- Im Rahmen der nachhaltigen Stadtentwicklung (Lokale Agenda 21) erstellt sie eine CO₂-Bilanz zur Erfolgskontrolle der getroffenen Massnahmen.
- Sie berät die Stadtverwaltung und die ausgelagerten Betriebe betreffend Massnahmen im Energiebereich.

Für die Erfüllung dieses Pflichtenhefts sind die vorhandenen Personalressourcen in der Tat gering. Der Gemeinderat ist grundsätzlich der Meinung, dass die Anstrengungen im Bereich

Energiesparen und erneuerbare Energien verstärkt werden müssen, dies insbesondere angesichts der nicht erreichten Ziele betreffend CO₂-Reduktion laut CO₂-Gesetz des Bundes.

Zu Punkt 1: Im PGB 2006 wurde der Gesamtkredit für das Produkt „Energistadt“ um Fr. 100 000.00 erhöht. Dieser Betrag soll teilweise zum personellen Ausbau und zur Realisierung von Projekten verwendet werden. Im Moment läuft die Stellenausschreibung für die im Budget 2006 vorgesehene Pensenaufstockung. Der Gemeinderat möchte daher zuerst abwarten, wie sich die Stellenaufstockung auswirkt, bevor er einen weiteren Ausbau der Energiefachstelle ins Auge fasst.

Zu Punkt 2: Zur Forderung, dass ein fester Anteil aus dem Ökofonds für Projekte und Arbeiten der Energiefachstelle herangezogen werden kann, um insbesondere Massnahmen gemäss der neuen Energiestrategie des Gemeinderats und des Massnahmenkatalogs umzusetzen, nimmt der Gemeinderat wie folgt Stellung:

Es trifft zu, dass die Energiefachstelle zur Realisierung von grösseren Projekten Beiträge aus dem Ökofonds benötigt. Der Gemeinderat muss aber festhalten, dass er keine direkte Einflussmöglichkeit auf die Verwendung der Mittel des Ökofonds hat, da für den Erlass von Ausführungsbestimmungen zum Reglement Energie Wasser Bern (ewr; SSSB 741.1) gemäss Artikel 17 ewr der Verwaltungsrat ewb zuständig ist. Dieser hat am 14. August 2003 die Ausführungsbestimmungen zur Bewirtschaftung des Ökofonds erlassen. In diesen Ausführungsbestimmungen sind die Voraussetzungen für die Gewährung von Beiträgen und das Verfahren für deren Ausrichtung festgelegt. Mit der Beurteilung der Gesuche wurde eine besondere Fondskommission betraut, in die Fachleute von ewb Einsitz nahmen. Diese Kommission hat Hilfsmittel für die einheitliche Beurteilung und Bearbeitung der Beitragsgesuche entwickelt. Der aktuelle Jahresbericht (2004) der Ökofondskommission gibt Auskunft über die bisher aus Mitteln des Ökofonds unterstützten Vorhaben.

Die erwähnten Ausführungsbestimmungen für die Bewirtschaftung des Ökofonds werden derzeit überarbeitet. In diese Arbeiten sind namentlich die bisherigen Erfahrungen der Ökofondskommission eingeflossen. Neu sollen der fünfköpfigen Fondskommission zwei externe Fachpersonen angehören. Vorgesehen ist unter anderem, dass der Leiter der Energiefachstelle der Stadt Bern in der Fondskommission Einsitz nimmt. Der Gemeinderat erhofft sich durch diese Vertretung einen grösseren Einfluss auf die Wahl der beitragsberechtigten Projekte.

Zu Punkt 3: Zur Forderung, die Führung des Ökofonds an die Stadt zu übertragen, äussert sich der Gemeinderat wie folgt:

Gemäss Artikel 25 Absatz 4 des Reglements Energie Wasser Bern (ewb-Reglement; ewr; SSSB 741.1) muss ewb einen Betrag in der Höhe von 10 Prozent der Gewinnablieferung von ewb an die Stadt im Unternehmen zurückbehalten, um ihn „zu Gunsten erneuerbaren Energien“ einzusetzen. Die Bestimmung von Artikel 25 Absatz 4 ewr bedeutet, dass die zurückbehaltenen Mittel formell als zweckgebundene Rückstellungen zu betrachten und somit Bestandteil der ewb-Bilanz sind. Damit unterliegen sie grundsätzlich auch der im ewb-Reglement festgelegten Kompetenzregelung.

Zuständig für den Erlass von Ausführungsbestimmungen zum ewb-Reglement Energie ist gemäss Artikel 17 ewr der Verwaltungsrat ewb. Diese im ewb-Reglement festgelegte Kompetenzregelung bedeutet, dass der Gemeinderat ohne Reglementsänderung die Führung des Ökofonds nicht übernehmen kann.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion abzulehnen; er ist jedoch bereit, Punkt 1 als Postulat entgegen zu nehmen.

Bern, 22. Februar 2006

2 Motion Urs Frieden (GB): Mehr grüne Kraft: Revision des Ökofondsreglements

Geschäftsnummer 05.000405 / 06/072

Um der erneuerbaren Elektrizität zum Erfolg zu verhelfen, ist der ewb-Ökofonds von grosser Bedeutung. Dieser wird mit 10 Prozent des auszuschüttenden ewb-Gewinnes gespiesen – aktuell handelt es sich hier um 2 Mio. Franken jährlich. Damit ist dieser Fonds neben der Ökostrombörse das zweite wichtige Instrument der Stadt Bern zur Förderung der neuen erneuerbaren Energie. Obwohl hier Mittel der Stadt verwendet werden, verwaltet ewb diesen Fonds bisher in völliger Eigenregie und in wenig transparenter Manier. Die Stadt muss deshalb aktiv werden, damit sie einen massgebenden Einfluss auf den Ökofonds gewinnen kann. Es müssen produktionsseitig neue Anlagen gefördert werden, welche der Ökostrombörse ein klares Profil verleihen. ewb soll möglichst Anlagen auf Stadtgebiet fördern und als Haupt-Investor für solche Anlagen auftreten.

Wir fordern deshalb vom Gemeinderat, dass er bei ewb vorstellig wird, um eine Revision des Ökofondsreglements zu erreichen, mit dem Ziel, der Stadt einen massgeblichen und direkten Einfluss auf die Tätigkeit des Ökofonds zu geben.

Bern, 25. August 2005

Antwort des Gemeinderates

Gemäss Artikel 25 Absatz 4 des Reglements Energie Wasser Bern (ewb-Reglement; ewr; SSSB 741.1) beträgt die Höhe des dem Ökofonds jährlich zugewiesenen Beitrags 10 Prozent der Gewinnausschüttung von ewb an die Stadt. Dieser Betrag an den Ökofonds wird zusätzlich zur Gewinnausschüttung an die Stadt Bern vom erwirtschafteten Jahresergebnis in Abzug gebracht und im Unternehmen zurückbehalten, um ihn „zu Gunsten erneuerbaren Energien“ einzusetzen. Die Bestimmung von Artikel 25 Absatz 4 ewr bedeutet demnach, dass die zurückbehaltenen Mittel formell als zweckgebundene Rückstellungen zu betrachten und somit einen Bestandteil der ewb-Bilanz sind. Damit unterliegen sie grundsätzlich auch der entsprechenden Kompetenzregelung, d.h. der Gemeinderat hat keine direkte Einflussmöglichkeit auf die Verwendung der Mittel.

Zuständig für den Erlass von Ausführungsbestimmungen zum ewb-Reglement Energie ist gemäss Artikel 17 ewr der Verwaltungsrat ewb. Dieser hat am 14. August 2003 die Ausführungsbestimmungen zur Bewirtschaftung des Ökofonds erlassen. In diesen Ausführungsbestimmungen sind die Voraussetzungen für die Gewährung von Beiträgen und das Verfahren für deren Ausrichtung festgelegt. Mit der Beurteilung der Gesuche wurde eine besondere Fondskommission betraut, in die Fachleute von ewb Einsitz nahmen. Diese Kommission hat Hilfsmittel (Konzept, Formulare, Beurteilungsmatrix, Prinzipien für die Beitragsberechnung usw.) für die einheitliche Beurteilung und Bearbeitung der Beitragsgesuche entwickelt. Der aktuelle Jahresbericht (2004) der Ökofondskommission gibt Auskunft über die bisher aus Mitteln des Ökofonds unterstützten Vorhaben.

Die erwähnten Ausführungsbestimmungen für die Bewirtschaftung des Ökofonds werden derzeit überarbeitet. In diese Arbeiten sind namentlich die bisherigen Erfahrungen der Ökofondskommission eingeflossen.

Neu sollen der fünfköpfigen Fondskommission zwei externe Fachpersonen angehören. Vorgehen ist unter anderem, dass der Leiter der Energiefachstelle der Stadt Bern in die Fondskommission Einsitz nimmt. Zudem sieht die im Entwurf vorliegende Verordnung vor, dass ewb im Rahmen ihres Geschäftsberichts Rechenschaft über die unterstützten Vorhaben und die verwendeten Mittel ablegt.

Der Gemeinderat wird die Arbeit der neu zusammengesetzten Fondskommission beobachten und prüfen, ob sie der städtischen Energiestrategie entspricht. Sollte dies nicht oder nur teilweise der Fall sein, so wird er die nötigen Konsequenzen ziehen.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion abzulehnen; er ist jedoch bereit, den Vorstoss als Postulat entgegen zu nehmen.

Bern, 20. Februar 2006

3 Motion Natalie Imboden (GB): Mehr grüne Kraft: Eine griffige Energiestrategie für Bern!

Geschäftsnummer 05.000404 / 06/069

Auch wenn ewb heute verselbständigt ist, bleibt es ein öffentliches Unternehmen mit einem öffentlichen Auftrag und einer Anbindung an die Politik. Das ist sowohl gewollt wie auch richtig. Das GB stellt jedoch fest, dass sowohl auf der Ebene der politischen Steuerung und Strategie wie auch auf jener der Kontrolle und Berichterstattung beträchtliche Handlungsdefizite bestehen. Der Gemeinderat muss generell eine aktivere Rolle gegenüber ewb einnehmen, wie sie im ewb-Reglement vorgesehen ist. So hat er gemäss Art. 24 Abs. 4 die Kompetenz, bei der Behandlung des ewb-Budgets das Angebot an neuer erneuerbarer Energie von ewb verbindlich festzulegen. Dieses Angebot ist kontinuierlich zu erhöhen.

Der Gemeinderat wird beauftragt, eine Energiestrategie zu erarbeiten, welche die energiepolitischen Zielsetzungen des ewb-Reglementes konkretisiert und von einem zeitlich gestaffelten Umsetzungsplan begleitet ist. Es ist dabei auch die Umsetzung folgender Reglementsartikel aufzuzeigen:

1. Förderung von Produktion und Vertrieb von neuer erneuerbarer Energie (Sonne, Wind, Geothermie, Biogas etc.). Soweit es das übergeordnete Recht zulässt, kann ewb dafür eine Abgabe auf der Durchleitung von Elektrizität aus nicht erneuerbaren Energien (Ökoabgabe) einführen.
2. ewb betreibt ein umfassendes Umweltmanagementsystem.
3. ewb setzt sich im Rahmen ihrer Beteiligung an Atomkraftwerken für eine Auflösung bestehender vertraglicher Verpflichtungen zur Wiederaufbereitung abgebrannter Kernbrennstoffe auf den vertraglich frühestmöglichen Zeitpunkt ein.
4. Die Energiestrategie ist dem Stadtrat zur Kenntnisnahme vorzulegen.
5. Ziel ist dabei auch die Erhaltung des Labels „Energistadt Bern“.

Die Energiestrategie ist dem Stadtrat zur Kenntnis zu unterbreiten.

Bern, 25. August 2005

Antwort des Gemeinderats

Die städtische Energiekommission, in welcher auch alle Stadtratsfraktionen vertreten sind, hat im letzten Jahr das geltende Strategiepapier und den Massnahmenplan zur Energiepolitik, das dem Stadtrat am 7. Mai 2006 zur Kenntnis gebracht worden war (SRB 181 vom 7. Mai 1998), überarbeitet. Im Herbst 2005 wurde die Energiestrategie der Stadt Bern 2006 - 2015 in die Vernehmlassung geschickt.

Die künftige Energiestrategie der Stadt Bern soll eine Orientierungshilfe für das künftige energiepolitische Handeln der Stadtverwaltung wie auch der ausgelagerten Anstalten sein.

Sowohl im Leistungsauftrag, der im Reglement Energie Wasser Bern (ewr; SSSB 741.1) enthalten ist, wie auch in der Eigentümerinnenstrategie, die der Gemeinderat am 30. Juni 2004 beschlossen hat, wird ewb einerseits verpflichtet, dem Schutz der Umwelt und der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen nach den Vorgaben von Artikel 8 GO Rechnung zu tragen (Art. 6 ewr). Andererseits enthält der Leistungsauftrag aber ebenso die Verpflichtung zu wirtschaftlichem Handeln (Art. 3 Abs. 1 und Art. 5 ewr). Diese Verpflichtungen werden in der Eigentümerinnenstrategie weiter konkretisiert.

Der Gemeinderat weiss, dass aus diesen Vorgaben immer wieder Zielkonflikte entstehen können. Ersichtlich wird dieses Spannungsverhältnis in Bezug auf die ökologischen und ökonomischen Erwartungen und Vorgaben. Die zum Teil bestehenden Widersprüche lassen sich nicht in jedem Fall in befriedigender Weise lösen. Vor diesem Hintergrund stellt die Zieloptimierung für den Gemeinderat eine prioritäre Aufgabe dar, die gemeinsam mit ewb angegangen werden muss.

Der Gemeinderat muss an dieser Stelle aber auch darauf aufmerksam machen, dass die Kompetenzen und Verantwortungen zwischen ewb und den Stadtbehörden im ewr klar geregelt sind. Die Befugnisse der Stadtbehörden richten sich mithin nach den Bestimmungen in Artikel 25 ff. ewr. Demnach beaufsichtigt der Gemeinderat ewb (Art. 25 Abs. 1 ewr) und verfügt über die hierfür erforderlichen Kompetenzen (Art. 25 Abs. 2 – 5 ewr). Er ist diesbezüglich seinerseits auskunftspflichtig gegenüber der hierfür zuständigen stadträtlichen Kommission (Art. 27 ewr). Der Stadtrat selbst hat einzig die Finanzkompetenz bei Veräusserungen von Unternehmensteilen oder eigenen Beteiligungen von mehr als 7 Mio. Franken. Vorbehalten bleiben zudem Entscheide über eine finanzielle Beteiligung und Ausgaben im Zusammenhang mit dem Neubau, der Erweiterung und Erneuerung von Grosskraftwerken im Sinne von Artikel 28 ewr.

Zu den im vorliegenden Vorstoss geforderten Zielsetzungen, die in der neuen Energiestrategie enthalten sein sollen, nimmt der Gemeinderat wie folgt Stellung:

1. *Förderung von Produktion und Vertrieb von neuer erneuerbarer Energie (Sonne, Wind, Geothermie, Biogas etc.). Soweit es das übergeordnete Recht zulässt, kann ewb dafür eine Abgabe auf der Durchleitung von Elektrizität aus nicht erneuerbaren Energien (Ökoabgabe) einführen*

Der Gemeinderat unterstützt seit Jahren nachdrücklich die Förderung von erneuerbarer Energie. Mit dem durch ewb geplanten Neuen Preissystem Elektrizität (NPE), das auf den 1. Januar 2007 in Kraft treten soll, wird eine Förderung von erneuerbaren Energien und Ökostrom angestrebt. Kundinnen und Kunden von ewb können nach Einführung des NPE aus fünf Stromprodukten (zwei aus erneuerbaren Energien, zwei Ökostromprodukte und ein Stromprodukt aus nicht erneuerbaren Energien) wählen.

Ferner ist am 1. Oktober 2005 der Preisrahmen für rückgelieferte elektrische Energie (ERP, SSSB 742.302) in Kraft getreten. Dieses Vergütungsmodell privilegiert die zentrale Produktion von erneuerbaren Energien vor.

Das übergeordnete Recht sieht derzeit noch keine Preisdifferenzierung bei der Durchleitung von erneuerbaren Energien vor.

2. *ewb betreibt ein umfassendes Umweltmanagementsystem*

Der Gemeinderat hat in seiner Eigentümerinnenstrategie ausdrücklich festgehalten, dass ewb ein umfassendes Umweltmanagement zu betreiben habe. Er hat im Rahmen seiner Aufsichtspflicht auch feststellen können, dass die Anliegen einer ökologisch ausgewogenen und nachhaltigen Energieversorgung sowie die Energieeffizienz zentrale Elemente in den Planungen und Überlegungen von ewb darstellen und entsprechende Vorhaben auch umgesetzt werden. Als konkrete Beiträge seien an dieser Stelle die Einführung des Vergütungsmodells für rück-

gelieferte elektrische Energie sowie die geplante Einführung des Neuen Preissystems Elektrizität (NPE) erwähnt.

Eine Gesamtschau und eine systematische Erfassung dieser Projekte im Sinne eines Umweltmanagementsystems fehlt indessen noch. Der Gemeinderat erwartet von ewb, dass das Unternehmen ein umfassendes Umweltmanagementsystem entwickelt und betreibt, sobald die noch immer andauernden Aufgaben im Zusammenhang mit der Ausgliederung und Zusammenführung der beiden früheren Stadtwerke einerseits sowie die Vorbereitung auf die Strommarktliberalisierung andererseits abgeschlossen sind.

3. ewb setzt sich im Rahmen ihrer Beteiligung an Atomkraftwerken für eine Auflösung bestehender vertraglicher Verpflichtungen zur Wiederaufbereitung abgebrannter Kernbrennstoffe auf den vertraglich frühestmöglichen Zeitpunkt ein

Der Gemeinderat unterstützt jede Massnahme, die einen ganzen oder teilweisen Ausstieg aus der Kernenergieproduktion ermöglicht. Er macht aber darauf aufmerksam, dass dies nur möglich ist unter Berücksichtigung der bestehenden vertraglichen Verpflichtungen. Zudem ist ewb gemäss Leistungsauftrag (Art. 8 Abs. 1 ewr) verpflichtet, für eine sichere, ausreichende und rationelle Versorgung im Rahmen der Verfügbarkeit zu sorgen.

Der Gemeinderat ist sich der Problematik der mittel- und langfristigen Deckung des Strombedarfs bewusst. Daher räumt er der von ewb mit hoher Priorität verfolgten Evaluierung von zusätzlichen Produktionsmöglichkeiten für die Deckung des Mehrverbrauchs einerseits sowie zur möglichen Ablösung der bestehenden Beteiligungen andererseits grosse Bedeutung ein. So prüft ewb derzeit beispielsweise nebst dem Ausbau von bestehenden Wasserkraft-Beteiligungen den Bau einer erweiterten Spitzenlastanlage der Fernwärmezentrale der neuen Kehrichtverwertungsanlage Forsthaus (KVA). Im Vordergrund stehen momentan eine Holzschnitzelfeuerung und eine Gasturbine als Kombianlage für die lokale Stromproduktion. Die Inbetriebnahme wäre für das Jahr 2011 vorgesehen. Das Potential der Stromproduktion der erweiterten Spitzenlastanlage würde ausreichen, um die Energie aus der auslaufenden Beteiligung des Kernkraftwerks (KK) Fessenheim und einen Teil des Mehrverbrauchs abzudecken. Die Kosten für die lokale Stromproduktion liegen nach heutigem Kenntnisstand mehr als dreimal so hoch wie die heutigen Beteiligungskosten aus dem KK Fessenheim. Trotzdem bietet die erwähnte Option der erweiterten Spitzenlastanlage KVA auch hinsichtlich der stetig steigenden Marktpreise des Stroms eine Chance auf eine eigenständige, lokale Stromproduktion mit dem erneuerbaren Brennstoff Holz aus der Region und dem fossilen Brennstoff Gas aus dem Beschaffungsportfolio ewb. Als weitere Option bietet sich eine mögliche geothermische Produktionsanlage in Innertkirchen an, welche zurzeit als Idee seitens der Kernkraftwerke Oberhasli AG (KWO) vorliegt.

Gegenwärtig erarbeitet ewb mehrere Szenarien für die zukünftige Deckung des Strombedarfs der Kundinnen und Kunden. Dabei sollen alle Möglichkeiten ausgelotet werden, von der Stromproduktion in eigenen Kraftwerken über die Beteiligungen an Kraftwerken Dritter mit allen zurzeit bekannten Primärenergien bis hin zum reinen Einkauf auf dem europäischen Strommarkt.

4. Die Energiestrategie ist dem Stadtrat zur Kenntnis vorzulegen

Wie bereits in früheren Jahren wird der Gemeinderat dem Stadtrat die Energiestrategie der Stadt Bern 2006 – 2015 gestützt auf Artikel 95 Absatz 5 GO zur Kenntnis bringen.

5. Ziel ist dabei auch die Erhaltung des Labels „Energistadt Bern“

Der Gemeinderat will das Label „Energistadt Bern“ erhalten. Mit der Energiestrategie der Stadt Bern 2006 – 2015 und den darin aufgeführten Massnahmen wird diese Zielsetzung nachhaltig verfolgt.

Antrag

1. Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion abzulehnen. Er ist jedoch bereit, den Vorstoss als Postulat entgegen zu nehmen.
2. Die Antwort gilt in diesem Fall gleichzeitig als Prüfungsbericht.

Bern, 22. Februar 2006

4 Postulat Urs Frieden (GB): Mehr grüne Kraft: Holz statt Gas

Geschäftsnummer 05.000401 / 06/066

Das GB unterstützt die Erneuerung der KVA. Die KVA muss für die Fernwärmeversorgung optimiert werden. Das für die Sicherstellung der Stromproduktion notwendige Blockheizkraftwerk muss unserer Ansicht nach mit Holz statt Gas betrieben werden.

1. Der Gemeinderat wird beauftragt zu prüfen, inwieweit es ökologisch sinnvoller und langfristig zweckmässiger sowie preisgünstiger ist, das für die Sicherstellung der Stromproduktion notwendige Blockheizkraftwerk mit Holz zu betreiben.
2. Bei der Projektplanung ist für die Zu- und Wegleitungen auf eine Koordination zu anderen Leitungserneuerungsprojekten zu achten.

Bern, 25. August 2005

Antwort des Gemeinderats

Die Kehrichtverwertungsanlage (KVA) entsorgt rund 115 000 Tonnen Abfall aus der Stadt Bern und aus 22 umliegenden Gemeinden. Die bei der Verbrennung der Abfälle frei werdende Energie wird in erster Priorität als Wärme in das Fernwärmenetz der Stadt Bern eingespeist und in zweiter Priorität zur Erzeugung von Strom genutzt. Die KVA liefert Bandenergie und deckt damit je nach Jahreszeit bis zu 100 % des Wärmebedarfs der Fernwärmekunden ab. Zur Deckung der Versorgungsspitzen im Winter betreibt die KVA separate Heizkessel und befeuert diese in erster Priorität mit Erdgas und in zweiter Priorität mit Heizöl extra leicht. Pro Jahr benötigt die KVA hierfür durchschnittlich ca. 80 000 MWh fossile Brennstoffe.

In der Vorprojektphase für den Bau einer neuen KVA wurde geprüft, ob die fossilen Brennstoffe für die Spitzenlastdeckung teilweise durch Holz ersetzt werden können. Ein Holzheizkessel in der für die Spitzenlastdeckung erforderlichen Grösse müsste als Bandenergielieferant eingesetzt werden. Abklärungen haben gezeigt, dass diese Voraussetzung bei der KVA nicht gegeben ist. Daher wurde beschlossen, auf die Realisierung einer solchen Wärmeerzeugungsanlage sowohl aus technischen wie auch aus wirtschaftlichen Gründen vorläufig zu verzichten.

Im Rahmen der Überlegungen zur langfristigen Sicherung der Stromversorgung der Stadt Bern und der Erhöhung der Eigenproduktion wurde das Thema Holzschnitzelfeuerung jedoch erneut aufgenommen. Diesmal untersuchte ewb zusätzlich zur Option „Spitzenlastdeckung durch Holz“ für die Fernwärmeversorgung auch die Option „Dauerbetrieb zur Stromerzeugung“.

Eine Machbarkeitsstudie hat aufgezeigt, dass eine Stromproduktionsanlage in Form einer Gasturbine oder einer Holzfeuerung in Kombination mit der Fernwärmeversorgung ein beachtliches Synergiepotenzial in technischer, betrieblicher und energetischer Sicht aufweist. Obwohl an sich auch aus wirtschaftlicher Sicht Synergien erkennbar sind, zeigen die ökonomischen Daten indessen ein ernüchterndes Bild.

Mit einer Gasturbine entstehen für den produzierten Strom Gestehungskosten von rund 9 Rappen pro kWh. Noch schlechter sieht es für ein Holzheizkraftwerk aus. Wegen den höheren Investitionen belaufen sich hier die Stromgestehungskosten auf 12 bis 17 Rappen pro kWh. Diese Werte liegen deutlich über den Preisen, die auf dem internationalen Strommarkt zu bezahlen sind.

Der Gemeinderat erachtet es aber im Interesse der Förderung von erneuerbaren Energien als wichtig, dass neben rein wirtschaftlichen Überlegungen aber auch noch andere Aspekte in Betracht zu ziehen sind. Mit der Errichtung eines Holzkraftwerks bietet sich seines Erachtens eine einzigartige Chance zur Realisierung einer Produktionsanlage von lokaler, neuer erneuerbarer Energie. Überdies werden sich mit dem Inkrafttreten des Stromversorgungsgesetzes (StromVG) vermutlich die gesetzlichen Rahmenbedingungen für solche Anlagen verbessern (kostendeckende Einspeisevergütung; Überwälzung der dadurch entstehenden Mehrkosten auf das Übertragungsnetz). Er hat daher mit Genugtuung zur Kenntnis genommen, dass sich ewb entschieden hat, die aus der Machbarkeitsstudie gewonnenen Daten durch ein Vorprojekt zu erhärten und zu vertiefen und das Projekt erweiterte Spitzenlastanlage mit Holzschnitzel- feuerung und Gasturbine weiter zu verfolgen.

Zu den im Postulat geäusserten Anliegen schliesslich, dass bei der Projektplanung für die Zu- und Wegleitungen auf eine Koordination zu anderen Leitungserneuerungsprojekten zu achten ist, nimmt der Gemeinderat wie folgt Stellung: Im Bereich von Leitungsprojekten ist die Koordination seit Jahren sichergestellt: Nicht nur ewb-intern werden die Arbeiten koordiniert, sondern auch auf gesamtstädtischer Ebene im Rahmen der Koordination öffentlicher Raum (KÖR) unter Federführung des städtischen Tiefbauamts.

Antrag

1. Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, das Postulat erheblich zu erklären.
2. Die Stellungnahme gilt gleichzeitig als Prüfungsbericht.

Bern, 22. Februar 2006

5 Interpellation Urs Frieden (GB): Mehr grüne Kraft: Absatz von Ökostrom fördern

Geschäftsnummer 05.000394 / 06/064

Die Förderung der Produktion und des Vertriebs von erneuerbaren Energien gehört seit der Auslagerung zu den wichtigsten Bestandteilen des ewb-Leistungsauftrages. Dazu besteht auch die Möglichkeit, eine „Ökoabgabe“ auf nicht erneuerbaren Energien einzuführen (Art. 6 Abs. 2 ewr). Zwischen verschiedenen Kundenkategorien darf keine Querfinanzierung stattfinden, zwischen unterschiedlichen Produktionskategorien ist eine solche dagegen zugelassen (Art. 33 Abs. 2 ewr).

Leider ist bis heute die Förderung der neuen erneuerbaren Energie (Sonne, Wind, Geothermie etc.) bei ewb noch zu wenig weit gediehen. Zwar beziehen immerhin 6% der ewb-KundInnen einen Teil ihres Bedarfes als Ökostrom. Doch nur 3,3 GWh oder 0,33 Prozent der im ewb-Netz verkauften 1`000 GWh Strom sind „naturemade star zertifizierter Ökostrom“. Hier ist der Gemeinderat gefordert, welcher das jährliche Angebot an neuer erneuerbarer Energie von ewb festzulegen hat (Art. 25 Abs. 4). Es versteht sich von selbst, dass dieses Angebot stetig und deutlich zu steigern ist. Sowohl Angebots- als auch Nachfrageseitig muss endlich ein offensives, langfristig angelegtes Marketing aufgezogen werden. Deshalb ist im Rahmen einer Tarifrevision auch die Preisgestaltung für Ökostrom zu überprüfen. Als Ökostrom bietet Energie Wasser Bern Solarenergie (Premium Solar) und Wasserkraft (Premium Water) an. Im

Hochtarif bezahlt man für eine Kilowattstunde (kWh) 27 Rappen für Premium Water und 85 Rappen für Premium Solar. Mit Misch-Produkten könnten diese Preise weitaus attraktiver gestaltet werden - und damit der Absatz von Ökostrom gefördert werden.

Wir bitten den Gemeinderat, folgende Fragen zu beantworten:

1. Welches sind die Absichten des Gemeinderates zur Weiterentwicklung der Ökostrombörse?
2. Wie hat der Gemeinderat in den vergangenen Jahren die jährlichen Quoten der Ökostromproduktion für ewb festgelegt und nach welchen Kriterien gedenkt er diese Entscheide zukünftig zu treffen?
3. Nach welcher Strategie ist der Ökofonds des ewb seit seiner Gründung aktiv gewesen und welche Projekte sind bisher dadurch gefördert worden?

Bern, 25. August 2005

Antwort des Gemeinderates

Zu Frage 1: Die Ökostrombörse wurde 1998 vom ehemaligen Elektrizitätswerk des Stadt Bern (EWB) eingeführt, um den Verkauf von Solarstrom in der Stadt Bern zu fördern. Anfang 2002 wurde die Ökostrombörse durch die zwei Ökostromprodukte „Premium Solar“ und „Premium Water“ abgelöst.

Nachfolgende Erläuterungen beziehen sich daher auf die Ökostromprodukte und nicht auf die Ökostrombörse.

Seit der Einführung der Produkte „Premium Solar“ und „Premium Water“ hat sich der Absatz von Ökostrom kontinuierlich weiter entwickelt, der Absatz der angebotenen Ökostromprodukte konnte 2004 gegenüber dem Vorjahr (2003) um mehr als 12 % gesteigert werden. Im vergangenen Jahr (2005) resultierte sogar eine Zunahme von beinahe 100 Prozent gegenüber 2004. Besonders erfreulich hat sich dabei der Verkauf von „Premium Water“ entwickelt. Zwischen fünf und sechs Prozent der ewb-Kundinnen und -Kunden beziehen bereits Ökostrom.

Diese erfreuliche Absatzentwicklung ist das Resultat einer intensiven Marktbearbeitung. ewb hat in den letzten Jahren verschiedenste Verkaufsförderungsmaßnahmen für Ökostrom durchgeführt (Info-Broschüre für Neuzuzügerinnen und Neuzuzüger mit Bestellcoupon für Ökostrom, Förderprogramm für Elektrovelos mit Ökostrom, Promotionen im ewb-Tram usw.). Für das laufende Jahr sind wiederum Aktivitäten zu Ökostrom geplant, um das Interesse der Kundinnen und Kunden zu gewinnen und den Absatz weiterhin zu unterstützen und zu steigern.

Mit der Einführung des neuen Preissystems Elektrizität (NPE) wird Strom aus erneuerbaren Energien eine wichtige Rolle einnehmen. Die Kundinnen und Kunden von ewb haben in Zukunft die Möglichkeit, sich zwischen fünf Stromprodukten zu entscheiden. Vier dieser fünf Produkte werden aus erneuerbaren Energien produziert:

Zwei dieser Produkte sind die bekannten Ökostromprodukte „Premium Solar“ und „Premium Water“. Beide Produkte sind nach „naturemade star“ zertifiziert. Zwei neue Produkte werden ausschliesslich aus erneuerbaren Energien hergestellt sein. Ein Produkt wird aus lokal produzierter Energie bestehen; das andere Produkt wird ein reines Wasserstromprodukt sein.

Der Gemeinderat stellt mit Befriedigung fest, dass sich ewb damit vermehrt auf ein ökologisches Angebot von Stromprodukten ausrichtet und ihren Kundinnen und Kunden die Möglichkeit gibt, sich ganz bewusst für erneuerbare Energien zu entscheiden.

Die Preise für die Premium-Produkte werden im Zusammenhang mit der Einführung des NPE neu überdacht. Die Produktion von Strom aus Sonnenenergie ist sehr teuer; „Premium Solar“ wird deshalb weiterhin ein teures Produkt bleiben. Hingegen wird der Preis von „Premium Water“ ab 2007 attraktiver werden.

Zu Frage 2: Der Gemeinderat hat bislang keine jährliche Quoten festgelegt, dies aus der Erkenntnis heraus, dass ewb nur mittelbar und nur in einer sehr beschränkten Masse Einfluss auf das Kundenverhalten nehmen kann und sich primär an der entsprechenden Nachfrage der Kundinnen und Kunden nach Energie ausrichten muss.

Durch die Preisgestaltung kann die Absatzmenge der Ökostromprodukte - bis zu einer gewissen Masse (beschränkte Preiselastizität) - gesteuert werden. Der Gemeinderat weist aber darauf hin, dass der preisliche Anreiz beim Ökostrom zu tieferen Deckungsbeiträgen bei diesen Produkten und somit zu Gewinneinbussen führt.

Nachdem der Gemeinderat feststellen konnte, dass die Nachfrage nach Ökostrom stark zugenommen hat und erwartet, dass mit der Einführung des NPE dieser Trend fortgesetzt wird, sieht er vorläufig von der Festlegung einer jährlichen Quote ab.

Zu Frage 3: In den vom Verwaltungsrat ewb erlassenen Ausführungsbestimmungen vom 14. August 2003 zur Bewirtschaftung des Ökofonds sind die Voraussetzungen für die Gewährung von Beiträgen und das Verfahren für die Ausrichtung festgelegt worden. Die fünfköpfige Fondskommission nimmt die Beurteilung der eingegangenen Gesuche gestützt auf einen entsprechenden Kriterienkatalog vor. (Konzept, einheitliche Formulare, Beurteilungsmatrix, Prinzipien für die Beitragsberechnung usw.).

Dem Jahresbericht 2004 der Ökofondskommission ist zu entnehmen, dass insbesondere für die Realisierung folgender Projekte Beiträge ausgerichtet worden sind:

- Förderung privater Fotovoltaikanlagen (Fr. 200 000.00)
- Förderung von Sonnenkollektoren zur Wärmeengewinnung (Fr. 180 000.00)
- Förderprogramm für Wärmepumpen (Fr. 900 000.00)
- Abwärmenutzung Business Park (Fr. 240 000.00)
- Nahwärmeverbund Weissenstein-Neumatt (Fr. 1 250 000.00)
- Technikzentrum Holligen (Fotovoltaik/Minergie) (Fr. 680 410.00)
- Förderprogramm Elektrovelos (Fr. 300 000.00)
- Förderung von Gas als Treibstoff (Fr. 1 902 000.00)

Erwähnenswert erscheint an dieser Stelle insbesondere auch der namhafte Beitrag aus dem Ökofonds im Zusammenhang mit der geplanten Umstellung der bisher mit Diesel betriebenen BERNMOBIL-Busflotte auf (Bio-)Gas.

Die erwähnten Ausführungsbestimmungen für die Bewirtschaftung des Ökofonds werden derzeit überarbeitet. Neu sollen der fünfköpfigen Fondskommission zwei externe Fachpersonen angehören (darunter der Leiter der Energiefachstelle der Stadt Bern). Überdies wird ewb verpflichtet, im Rahmen ihres Geschäftsberichts Rechenschaft über die Verwendung der Mittel des Ökofonds abzulegen.

Bern, 22. Februar 2006

Fraktionserklärungen zu den Traktanden 1 bis 5

Urs Frieden (GB) für die Fraktion GB/JA!: Das Grüne Bündnis hat im vergangenen August unter dem Motto „Mehr grüne Kraft“ zehn Vorstösse eingereicht, welche heute diskutiert werden. Wir wollten mit diesem Paket folgende Ziele anvisieren: Förderung der erneuerbaren Ressourcen, Optimierung der Fernwärme, stärkere Einflussnahme der Stadt auf ewb, Überdenken der städtischen Beteiligungsstrategie mit dem Ziel Atomausstieg sowie eine klarere und griffigere energiepolitische Strategie der Stadt Bern. Das GB hat zu diesem Thema ein Grundsatzpapier verfasst, welches auf der Website www.gbbern.ch nachzulesen ist. In der Energiepolitik geht es weltweit darum, sich bereits jetzt für die Zeit nach dem Erdöl und den Atomkraftwerken fit zu machen. Bei diesem langwierigen Prozess ist es für das GB klar, dass ökologische Energie, insbesondere die neuen erneuerbaren Ressourcen wie Wind, Sonne,

Biomasse und Erdwärme Priorität haben und weiterentwickelt werden müssen. Die Stadt Bern kann diesbezüglich in gewissen Bereichen eine aktive Rolle übernehmen, so beispielsweise indem sie verstärkten Einfluss auf ewb ausübt. Bern soll und kann energiepolitisch zum Vorbild für andere Städte werden. Zu Traktandum 4: Es freut uns, dass unsere Vorstösse bereits eine kleine Wirkung erzielt haben, nämlich, dass bei der Kehrlichtverbrennungsanlage neuerdings eine Holzschnitzelfeuerung vorgesehen ist. Ich nehme gerne zur Kenntnis, dass das Postulat Holz statt Gas unbestritten ist. Zu Traktandum 1: Bei der Budgetdebatte haben wir erreicht, dass die Energiefachstelle aufgestockt wird. Wir freuen uns, dass damit der bisherige Leiter Unterstützung in seinen vielfältigen Aufgaben erhält. Wir können uns jedoch gut vorstellen, dass ein weiterer Ausbau sowie eine Besserstellung notwendig wird. Daher ist es gut, dass Punkt 1 dieser Motion als Postulat aufrechterhalten bleibt, wie es der Gemeinderat vorschlägt. Es gibt allerdings keinen plausiblen Grund, die Punkte 2 und 3 nicht als Postulate weiterlaufen zu lassen. Die Stadtverwaltung sollte weiterhin beobachten, wie gut sie durch ihren Einsitz im Ökofonds auch Einblick und Einfluss nehmen kann. Es wäre schön, wenn das Parlament etwas mehr Einblick in die Verwendung der Fondsgelder erhalten würde. Diese Forderung wurde von der BAK ebenfalls schon geäussert. Zu Traktandum 2: Wir akzeptieren die Umwandlung in ein Postulat. Dies in der Hoffnung, dass der Gemeinderat wirklich Konsequenzen zieht, falls die Arbeit der neu zusammengesetzten Fondskommission nicht seinen Vorstellungen entspricht. Wir haken grosszügig ab, dass es mehrere Jahre seit der Auslagerung von ewb und der Schöpfung des Ökofonds gebraucht hat, bis die Stadt endlich via Energiefachstelle einen minimalen Einfluss auf die Tätigkeit des Ökofonds genommen hat. Zukünftig muss der Ökofonds als Instrument der Energiestrategie betrachtet werden. Zu Traktandum 3 wird sich Natalie Imboden ausführlich äussern. Als Mitglied der Energiekommission möchte ich bereits jetzt etwas vorausschicken, ohne dass ich das Kommissionsgeheimnis verletzen möchte. Wir haben die Energiestrategie in der Energiekommission bereits behandelt. Ich erachte es als stossend, dass der Wille zum Atomausstieg tabuisiert wird, obwohl er in der Gemeindeordnung und im ewb-Reglement ausdrücklich verankert ist. Ich verstehe dies als Kniefall vor der Atom-Lobby. Es sei denn, Barbara Hayoz könne heute Abend oder später bei der Behandlung der Strategie einen plausiblen Grund nennen, warum sie den Atomausstieg weggelassen hat. Zu Traktandum 5: Die GB/JA!-Fraktion ist von der Antwort nur teilweise befriedigt. Wir gehen davon aus, dass insbesondere bezüglich Marketing die Antwort präziser ausgefallen wäre, wenn man beim Verfassen der Antwort bereits die Verkaufszahlen 2005 gekannt hätte. Inzwischen sind die Zahlen bekannt. ewb konnte im vergangenen Jahr vier Gigawattstunden Ökostrom verkaufen. Dies ist mehr als doppelt so viel als im Jahre 2004 und entspricht einem halben Prozent des gesamten Stromverbrauchs der Stadt Bern. Der Haken an der Sache ist jedoch der, dass der Zuwachs beinahe ausschliesslich dank Firmen zustande gekommen ist. Eine ewb-Studie hat ergeben, dass die Bernerinnen und Berner sehr wenig über Ökostrom wissen und deshalb Vorbehalte haben. Hier besteht grosser Bedarf an Information und gezieltem Marketing. Wenn ewb über City-Power mit anderen Stadtwerken verbunden ist, sollte es möglich sein, gemeinsame Strategien für die Ökostromvermarktung zu entwickeln bis hin zur Festlegung des Tarifs. ewb sollte sich unbedingt am neuen Tarifsystem der Elektrizitätswerke Zürich (ewz) orientieren. ewz setzt naturemade basic als Standardprodukt für Privathaushalte ein. Die Erträge werden in die Förderung der Produktion von naturemade star investieren. Dies ist eine Art Hebelwirkung.

Peter Bernasconi (SVP) für die Fraktion SVP/JSVP: Der Energiebedarf wird in Zukunft steigen, auch wenn wir sparen. Die Energie wird knapp und es wird ein Verteilungskampf entstehen. Eine ausreichende Versorgung ist von staatspolitischer Bedeutung und nicht nur eine Diskussion, welche wir im Stadtrat führen müssen. Die Bedeutung dieses Problems nimmt in Krisenzeiten zudem stark zu. Grundsätzlich ist die Fraktion SVP/JSVP für die Förderung er-

erneuerbarer Energien. Dies ist Aufgabe und Verpflichtung gegenüber unserer Umwelt und es geht uns alle auch ganz persönlich etwas an. Die Geister scheiden sich jedoch hinsichtlich der Förderung der erneuerbaren Energien ganz klar. Bern ist eine Alternativenergiestadt mit Tradition, hohem Standard sowie einem hohen Anteil an Alternativenergie. Sie ist in Sachen erneuerbarer Energien Spitzenreiterin in Europa. Dies ändert sich auch dann nicht, wenn unsere Fraktion den vorliegenden Vorstössen grossmehrheitlich nicht folgen kann oder auch wenn die Vorstösse abgelehnt werden sollten. Die Stadt Bern wurde aufgrund von Grossprojekten, welche zu grossen Teilen von ewb und BKW realisiert wurden, als Energiestadt erkorren. Die zurzeit hohen Energiepreise fördern die Substitution bereits sehr stark. Dadurch werden die Investitionen teuer. Die Preise steigen, weil die Nachfrage sehr gross ist. Um es in der Wirtschaftssprache zu sagen, besteht zurzeit ein ganz klarer Verkäufermarkt. Aus diesem Grund sind wir der Meinung, dass die Förderung der Alternativenergien in der Form, wie sie jetzt vorliegen, zum falschen Zeitpunkt geschieht und in der angestrebten Weise einer Pflasterpolitik gleichkommt. Ein antizyklisches Verhalten der öffentlichen Hand in dieser Angelegenheit wäre viel besser. Unsere Position zu den einzelnen Motionen werden wir von Fall zu Fall entscheiden und kommentieren.

Gabriela Bader Rohner (GFL) für die Fraktion GFL/EVP: Die GFL/EVP-Fraktion begrüsst und unterstützt die Stossrichtung des Vorstosspaketes, welches unsere grünen Kolleginnen und Kollegen in den Rat einbringen. Das Ziel der Vorstösse besteht darin, die Energieversorgung der Stadtberner Bevölkerung umweltfreundlich und sicher auszugestalten. Wir sind ohne wenn und aber dafür, als mittleres und langfristiges Ziel eine Energieversorgung mittels erneuerbarer Energieträger anzuvisieren. Diese Energieversorgung soll dezentral organisiert sein. Dies sieht auch die Gemeindeordnung so vor. In der Realität sind wir von diesem Ziel jedoch zurzeit noch weit entfernt. 84% des Energieverbrauchs der Stadtberner Bevölkerung wird durch nicht erneuerbare Energieträger fossiler und nuklearer Art gedeckt. Damit sind wir zu 84% vom Ausland abhängig, was nicht unproblematisch ist. Es besteht also Handlungsbedarf. Wir sind froh, feststellen zu können, dass auch der Gemeinderat in seinen Antworten dieses Grundanliegen der Vorstösse anerkennt und grosso modo auch unterstützt. Wir sind davon überzeugt, dass eine nachhaltige und dezentral organisierte Energieversorgung machbar ist. Das Ganze ist jedoch eine Frage des politischen und gesellschaftlichen Willens. Wenn wir möchten und unsere Kräfte auf dieses Ziel hin ausrichten, wird es uns gelingen, dass unsere Enkelinnen und Enkel weder Risikotechnologien noch Erdölkrisen zu fürchten brauchen und ihr Leben in einer intakten Umgebung gestalten können. Dafür müssen selbstverständlich auf allen politischen Ebenen Schritte gemacht werden. Wie bei allem beginnt hier vieles beim Individuum. Nach dem Motto die beste Energie ist diejenige, welche wir nicht verbrauchen, sind wir alle dazu aufgefordert, anstelle des Autos die öffentlichen Verkehrsmittel, Velos oder Füsse zu brauchen, das Licht auszuschalten und den Deckel nicht nur beim Eierkochen auf die Pfanne zu tun. Auf lokaler Ebene haben wir Möglichkeiten, die Weichen in Richtung einer nachhaltigen Energieversorgung zu stellen. Die heute diskutierten Vorstösse weisen in diese Richtung. Zu Traktandum 1: Der Gemeinderat ist hier ebenfalls der Ansicht, dass die vorhandenen Personalressourcen nicht ausreichen, um die anspruchsvolle Aufgabe der Energiefachstelle zu erfüllen. Die für dieses Jahr vorgesehene Stellenaufstockung wird unserer Ansicht nach nicht ausreichen. Wir sind der Meinung, dass eine weitere Erhöhung des Budgets in diesem Bereich unbedingt in Betracht gezogen werden muss. Das Ziel sollte jedoch nicht darin bestehen, die Verwaltung aufzublasen, sondern im Zentrum müssen die Realisierung und Lancierung neuer Projekte stehen. Dafür benötigt der Stelleninhaber beziehungsweise die Stelleninhaberin genügend Ressourcen. Wir sind froh, dass der Gemeinderat Punkt 1 als Postulat entgegennimmt. Dies sollte der Gemeinderat auch mit Punkt 2 tun. Die Ergänzung der Ökofondskommission um zwei externe Fachleute, von denen die eine Person der Leiter

der Energiefachstelle ist, ist begrüssenswert. Wir erachten es jedoch als wichtig, dass der Gemeinderat grundsätzlich die Bereitschaft signalisiert, den Einfluss der Stadt auf die Verwendung der Ökofondsgelder geltend zu machen. Es ist sehr wichtig, dass die Stadt hier Einfluss nehmen kann und aufmerksam ist. Aus diesem Grund plädieren wir dafür, auch Punkt 2 der Motion als Postulat entgegenzunehmen. Dieselbe Position vertreten wir auch bezüglich Punkt 3: Der Gemeinderat schreibt in der Antwort zur Motion bezüglich der Revision des Ökofonds, die Stadt müsse Konsequenzen ziehen können, wenn die Ökofondskommission nicht im Sinne der Energiestrategie der Stadt handle und entscheide. Eine mögliche Konsequenz bestünde darin, auf eine Änderung des ewb-Reglements hinzuwirken. Dies mit dem Ziel, allenfalls die Führung des Ökofonds zu übernehmen. Die Arbeit der neu zusammengesetzten Kommission soll genau verfolgt und die jetzige Regelung überprüft werden. Aus diesem Grund sollte auch Punkt 3 als Postulat überwiesen werden. Zu Traktandum 2 habe ich damit bereits das Wichtigste gesagt. Wir unterstützen die Umwandlung der Motion in ein Postulat. Zu Traktandum 3: Unseres Erachtens wirft diese Motion wichtige Fragen auf, welche auch uns ein grosses Anliegen sind. Wir sind froh, dass der Gemeinderat die Forderungen der Motion in seiner Antwort als begründet und wichtig anerkennt und sich für die Förderung der erneuerbarer Energien, für ein Umweltmanagementsystem bei ewb sowie für den Ausstieg aus der Atomenergieproduktion ausspricht. Es ist begrüssenswert, dass ewb an der Erarbeitung von Szenarien für eine zukünftige Energieversorgung ist. Es würde uns interessieren, wann diese Szenarien präsentiert werden. Wir unterstützen die Motion, wenn sie aufrechterhalten wird oder ansonsten auch als Postulat. Zu Traktandum 4: Auch die GFL/EVP-Fraktion ist für Holz statt Gas, wenn es um die Sicherstellung der Fernwärmeproduktion auch in Spitzenzeiten geht. Die Tatsache, dass die Gesteungskosten von Strom bei Holz höher sind als bei Gas, ist unseres Erachtens absolut kein Grund, darauf zu verzichten. Energie ist ein kostbares Gut und kostbare Güter haben ihren Preis und in der Regel geht man mit teureren Gütern sorgfältiger und bewusster um. Das Ziel unserer Energiepolitik soll darin bestehen, mit der Energie haushälterischer umzugehen und sie nicht als Billigware zu verschwenden. In diesem Zusammenhang ist die Feinstaubproblematik mit Sicherheit ein Thema. Wir gehen selbstverständlich davon aus, dass die entsprechenden Filter geplant sind. Die Fraktion GFL/EVP unterstützt die vorliegenden Vorstösse vollumfänglich.

Michael Aebersold (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Ich möchte zunächst einige generellen Punkte darlegen. Energiepolitik ist nicht nur eine städtische Angelegenheit, sondern man könnte eine globale Diskussion führen. Das Wirtschaftswachstum in China von 10 bis 12%, der zunehmende Energieverbrauch und die steigenden Energiepreise würden den Rahmen dieser Diskussion jedoch sprengen. Ich möchte zumindest den Blick auf den Kanton richten. Die Stadt Bern nimmt eine Vorreiterrolle ein, auch wenn sie noch nicht ganz so weit wie Basel ist. Auch beim Kanton hat sich einiges bewegt. Der Regierungsrat wollte eine Strategie zum Ausstieg aus der Kernenergie. Jetzt ist der Regierungsrat neu zusammengesetzt und die Äusserungen gehen in eine ähnliche Richtung. Vielleicht könnte man dem Kanton etwas voraus gehen und gemeinsam etwas erreichen. Die vorliegenden Vorstösse sind von der Stossrichtung her gut. Es ist ein guter Zeitpunkt, die Fragen zu diskutieren, da die Energiestrategie bald in den Gemeinderat kommt. Es ist deshalb gut, wenn die zuständige Gemeinderätin heute Abend hört, welche Meinungen vertreten werden. Energie ist ein brennendes Thema und es ist klar, dass sich eine massive Energielücke abzeichnet. Die gesamte Energiepolitik krankt jedoch daran, dass der Verkehr separat betrachtet wird, obwohl dort dieselben Brennstoffe verbrannt und dieselben Gase produziert werden. Diese Trennung ist eigentlich etwas Schlechtes. Die Energiestrategie ist in der Vernehmlassung und der Inhalt ist allgemein bekannt. Die wesentlichen Forderungen stehen. Eine Forderung besteht in einer klaren Reduktion des Energieverbrauches. Hier sind wir alle gefordert, mit besseren Technologien weniger

Energie zu verbrauchen. In der Gemeindeordnung wird der Ausstieg aus der Atomenergie vorgeschrieben. Die Strategie enthält auch die Forderung von Minergiestandards. Heute kann man ohne wesentliche Mehrkosten Bauten erstellen, welche wenig Energie brauchen. Wir sind skeptisch gegenüber Strategiepapieren, denn Strategien zu Papier zu bringen, bedeutet noch nichts. Wichtig ist, welche Massnahmen tatsächlich umgesetzt werden. Dann geht es auch um Geld, denn gratis ist nichts zu bekommen. Kurzfristig werden Kosten entstehen, aber bei diesen Fragen gilt es, längerfristig zu denken. Wir werden im Wesentlichen den Anträgen des Gemeinderats folgen. Zu Traktandum 1: Die Diskussion um die Energiefachstelle ist nicht ganz neu. Im Jahre 2003 haben wir diesbezüglich eine interfraktionelle Motion diskutiert. Wir sind der Meinung, dass diese Energiefachstelle richtig und auch wichtig ist. Sie sollte nicht unnötig aufgeblasen werden, sondern es bedarf einer Kompetenz der Verwaltungsratsmitglieder. Eine Energiefachstelle mit zwei oder drei Personen nützt nichts, wenn die zuständige Gemeinderätin beziehungsweise der zuständige Gemeinderat in einer wichtigen Sitzung sitzt und keine Ahnung hat, worum es geht. Wir werden Punkt 1 als Postulat unterstützen. Zu Traktandum 2: Das Ökofondsreglement ist eine gute Einrichtung. Wir können über eine verschiedentlich geforderte Reglementsänderung diskutieren. Dies könnte man auch bezüglich des ewb-Reglements tun. Es ist wichtig, dass es eine Kommission gibt, in der die Stadt Einsitz hat und verfolgen kann, was mit den Geldern geschieht. Wir orten ein Hauptproblem in der Transparenz. Es ist störend, wenn in der Beantwortung von zwei Vorstössen auf den Jahresbericht 2004 hingewiesen wird, der jedoch bis heute offiziell nicht zugänglich ist. Es ist zudem die Rede vom Jahresbericht 2005, der offenbar noch nicht vorliegt. Ich lasse mich aber gerne eines Besseren belehren. Ich bin der Ansicht, dass es hier nichts Geheimes gibt. Es wäre wichtig, darzulegen, was mit den Geldern geschieht. Ich bin sicher, dass ewb das Geld gut einsetzt. Aus diesem Grund ist mir die Geheimniskrämerei völlig unverständlich. Der Einsatz der Mittel gehört in den Jahresbericht, damit man reagieren kann, wenn der Eindruck entsteht, die Gelder würden falsch eingesetzt. Wir werden den Vorstoss als Postulat unterstützen. Zu Traktandum 3: Die Energiestrategie beruht auf einer klaren Analyse. 84% des Energieverbrauchs stammt aus nicht erneuerbaren Energiequellen. Dies ist ein Problem. Wir halten jedoch auch Trümpfe in der Hand. Die Stadt Bern ist Energiestadt, hat Gasbusse und ein Solardach. Ein wichtiges Thema, an dem man dranbleiben muss, ist der Verkehr und die damit verbundene CO₂-Reduktion. Die Kyoto-Ziele müssen erreicht werden und es soll nicht gesagt werden, diese seien nicht erfüllbar. Hier bleibt noch einiges zu tun. Die Diskussion ist lanciert und wir werden den Vorstoss als Postulat unterstützen, denn wir sind der Meinung, dass man mit der Energiestrategie und den nachfolgenden Diskussionen um die Massnahmen auf dem richtigen Weg ist. Wir stimmen auch dem Prüfungsbericht zu.

Annette Lehmann (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Zu Traktandum 4: Aus der Antwort des Gemeinderats ist nicht ersichtlich, ob bei der Machbarkeitsstudie zum Holzheizkraftwerk die Wirtschaftlichkeit mit einem Hochpreisszenario berechnet oder ob mit den damals aktuellen Preisen gerechnet wurde. Mit den steigenden Erdöl- und Gaspreisen wird die Wirtschaftlichkeit eines Holzheizkraftwerks mittelfristig immer besser werden. Ich wäre froh, wenn der Gemeinderat auf diese Frage eine Antwort geben könnte. Im Übrigen stellt sich auch die Frage nach dem Quervergleich. In Basel erstellt die Stadt ein solches Holzheizkraftwerk ebenfalls auf dem KVA-Gelände. Dies mit der Möglichkeit, Wärme ins das Fernheizsystem einzuspeisen. Gerade mit den aktuellen Öl- und Gaspreisen ist hier die Rentabilität dank der Abgabe günstigerer Wärme bereits gegeben. Warum sollte Bern hier einen anderen Weg gehen? Ausserdem müsste eine volkswirtschaftliche Rechnung erstellt werden, welche die zukünftige Wertschöpfungskette im Inland beleuchtet. Anstatt 80% der Energiekosten ins Ausland zu zahlen, könnte das einheimische Gewerbe gefördert werden. Dies zeigen ähnliche Energiekonzepte in Regionen im Ausland. Dort wurde es möglich, die Abhängigkeit vom Energieim-

port massiv zu senken und über die Hälfte der Energie in der eigenen Region herzustellen. Aus diesen Gründen begrüßen wir es sehr, dass sich ewb dazu entschieden hat, dieses Projekt weiterzuverfolgen. Ein Holzkraftwerk bietet eine einzigartige Chance und die Stadt Bern wäre gut beraten, hier eine klare Strategie einzuschlagen und ein Zeichen für erneuerbare Energien zu setzen. Die SP/JUSO-Fraktion unterstützt das Postulat. Wir sind der Ansicht, dass erneuerbare Energien immer zu fördern sind. Dies insbesondere bei Erneuerungen so grosser Anlagen wie der KVA. Zu Traktandum 5: Im Bereich Ökostrom leistet ewb grundsätzlich gute Arbeit. Bern hat zusammen mit Zürich, Basel und Genf in der Schweiz eine Vorreiterrolle übernommen. Schweizweit werden rund 4% des Gesamtverbrauchs aus Ökostrom verkauft. In der Stadt Bern beziehen 5 bis 6% der Kundinnen und Kunden Ökostrom. Leider ist davon lediglich weniger als 1% naturemade star zertifizierte Energie, welche qualitativ die beste ist. Eine Studie des ewb hat gezeigt, dass der Absatz von Ökostrom bei Privatkundinnen und -kunden stagniert. Viele Personen sind zu wenig informiert oder wissen nicht, dass sie als Mieterinnen und Mieter auch Ökostrom beziehen können. Diesbezüglich müssen unbedingt mehr Aktionen geplant werden. Ab 2006 gilt zudem gemäss der Eidgenössischen Energieverordnung die Stromkennzeichnungspflicht. Dies bedeutet, dass aus jeder Stromrechnung der Strommix genau herausgelesen werden kann. Dies wird die Sensibilität für dieses Thema massiv erhöhen und ist für ewb eine Chance, in diesem Bereich noch erfolgreicher zu werden. Zu Frage 1: Die Antwort auf diese Frage ist gut. Es ist wichtig, die Entwicklung zu beobachten und insbesondere die Ökostromprodukte voranzutreiben. Die Differenzierung der Preise ist an und für sich richtig. Die Konsumentinnen und Konsumenten sollen wissen, was sie kaufen. Sie sollen auch wissen, dass beispielsweise Solarstrom teurer ist. Im Hinblick auf die kommenden gesamtschweizerischen Regelungen und die so genannte Einspeisevergütung für alle erneuerbaren Energien, welche zurzeit im Ständerat behandelt wird, wird sich unser System ohnehin ändern. Alle Konsumentinnen und Konsumenten werden in Zukunft den Zubau von erneuerbaren Energie finanzieren. Dies ist solidarischer und wird mengenmässig mehr bringen als der reine Ökostromverkauf, der bei 8 bis 10% des Gesamtverbrauchs an eine soziale Grenze stösst. Zu Frage 2: Es ist zwar richtig, dass ewb bei der Absatzmenge von Ökostrom auf die Nachfrage achten muss. Eine jährliche Quote ist nur dann sinnvoll, wenn der Ökostrom auch verkauft werden kann. Wir würden es sehr begrüßen, wenn der Gemeinderat ewb Vorgaben machen und dafür sorgen würde, dass der Absatz gesteigert werden kann. Dies würde den Druck erhöhen und dem Werk den Rücken stärken. Zu Frage 3: Ich möchte anmerken, dass es richtig ist, immer wieder kritisch zu hinterfragen, was mit den Fondsgeldern geschieht. Die Zahlen müssen vorgelegt werden und transparent sein. Insgesamt sind die bis heute unterstützten Produkte und Projekte durchaus attraktiv und im Trend.

Thomas Balmer für die Fraktion FDP: Energie ist Lebensqualität und Existenzgrundlage. Energie schafft gleichwertige Arbeitsplätze und ist damit sozial und schafft Gleichberechtigung. Nicht nur derjenige, welcher viel Kraft hat, sondern jeder kann eine Arbeit ausführen und die Qualität des Arbeitsplatzes wird verbessert. Heute hat jeder begriffen, dass Energie nicht aus der Steckdose kommt. Es ist jedoch eine Tatsache, dass immer mehr Energie verbraucht wird. Die Produktion von Energie ist nicht so einfach, wie aus den vorliegenden Vorstössen hätte entnommen werden können. Den Fragen kann entnommen werden, dass all die Papiere nicht gelesen werden. Eine dezentrale Erzeugung, Verteilung und Leistungsregulierung ist äusserst komplex. Eine grössere Zahl dezentraler Produktionen schafft Probleme wie wir sie aus Ländern der Zweiten Welt kennen. Weder die eine noch die andere Methode hat nur Vorteile, sondern eben auch Nachteile. Und keine Methode ist für sich alleine eine Lösung. Weit-sichtige und ganzheitliche Planung schafft Lösungen für unsere Wirtschaft, welche dann auch die notwendigen Mittel erarbeiten kann, um eine optimale und ökologische Produktion sicher-

zustellen und auch Investitionen für ein KWO-plus-Projekt aufzubringen. Zu den einzelnen Vorstössen werden wir einzeln Stellung nehmen.

Natalie Imboden (GB) für die Fraktion GB/JA!: Zu Traktandum 3: Als wir den Vorstoss eingereicht haben, wussten wir noch nicht, dass der Gemeinderat an der Überarbeitung seiner Energiestrategie ist. Das Anliegen der Motion bestand darin, dass der Gemeinderat das Heft in die Hand nimmt und auch gegenüber ewb eine klarere Rolle einnimmt. In Artikel 24 ewb-Reglement wird geregelt, dass bei der Behandlung des ewb-Budgets der Anteil der erneuerbaren Energie verbindlich festzulegen sei. Selbstverständlich haben Gemeinderat und Stadtrat bei Energiefragen ein Wort mitzureden. Dies ist auch gut so. Für uns ist klar, dass ewb verselbständigt ist. Vielleicht müssen wir uns noch einmal in Teilen überlegen, ob es sinnvoll war, ewb so viele Freiheiten einzuräumen. Aus diesem Grund braucht es einen klaren Auftrag der Politik, den Gemeinde- und Stadtrat erteilen. Die Fraktion GB/JA! stellt fest, dass in den letzten Jahren diesbezüglich Defizite entstanden sind, da wir zu wenig deutlich gesagt haben, was wir eigentlich wollen. Wir nehmen erfreut zur Kenntnis, dass der Gemeinderat an der Erarbeitung der Energiestrategie ist. Die Anwesenden konnten bereits in der Vernehmlassung Stellung dazu beziehen. Mit diesem Vorstoss steht klar die Förderung von Produktion und Vertrieb erneuerbarer Energien im Zentrum. Eine Ökoabgabe ist für uns kein Tabu. Es muss über alles nachgedacht werden. Die Energieeffizienz stellt einen der zentralen Punkte in der Frage nach der Gestaltung einer Energiestrategie dar. Am heutigen Tag wurden in der Pressekonzferenz der nationalen Umweltverbände die Energieszenarien der Zukunft vorgestellt. Eine Studie hat gezeigt, dass bis zum Jahre 2050 40% des heutigen Energiebedarfs ohne Verlust von Lebensqualität eingespart werden kann. Wenn die Energieeffizienz gesteigert wird, indem man beispielsweise nach dem Minergie-p-Standard baut, erleidet man keine Verlust an Lebensqualität und Komfort. Auch Passivhäuser weisen eine hohe Komfortsituation auf. Wenn man bei technischen Geräten wie Computer oder Fernseher auf dauernde Standby-Funktionen verzichtet und sich bei einer Neuanschaffung für die besten Technologien entscheidet, erzielt man eine Effizienzsteigerung ohne Einbussen. Es ist erfreulich, dass die Stadt Bern das Energielabel hat. Aber es gibt noch ein Goldlabel. Mit etwas Anstrengung können wir noch besser werden. Wir sind in Anbetracht der Debatte und da der Gemeinderat bereit ist, uns eine Energiestrategie vorzulegen, dazu bereit, die Motion in ein Postulat umzuwandeln. Wir sind jedoch mit dem, was in der Antwort steht und uns als Postulatsbericht präsentiert wird, nicht einverstanden. Es ist zu unkonkret. Ich spreche im Folgenden nur zu zwei Punkten. Der Gemeinderat schreibt zur Frage, ob ewb ein Umweltmanagement hat, dass das Umweltmanagement innerhalb ewb noch nicht systematisch gemacht worden sei. Damit stellt sich die Frage an den Gemeinderat, ob diesbezüglich bei ewb schon einmal nachgefragt wurde und ob diese Fragen mit der nötigen Vehemenz thematisiert werden. Es reicht nicht, wenn der Gemeinderat in seiner Antwort von Erwartungen spricht. Wir verlangen, dass der Gemeinderat aktiv wird. Ich hoffe sehr, dass Barbara Hayoz und ewb nicht im Sinne haben, in Oberhasli ein Kernkraftwerk Oberhasli zu gründen, sondern dass es hier Richtung Ausstieg geht. Ich hoffe, dass es sich hierbei um einen Schreibfehler handelt. Wir erwarten gespannt auf das Energiekonzept und hoffen, darin keine strahlenden Überraschungseier zu finden, sondern erwarten eine nachhaltige Energiestrategie.

Einzelvoten

Christian Wasserfallen (JF): Die ganze Debatte zeigt auf, dass man die Umweltpolitik nicht nur RGM überlassen kann. Die Jungfreisinnigen haben beim letzten Kongress einen Anfang gemacht, indem sie ein Umwelt- und Energiepapier erarbeitet haben. Dies soll zeigen, dass Umwelt- und Energiepolitik auch ein freisinniges Thema ist. Der geforderte Atomausstieg ist

kurzsichtig. Ich bin ein vehementer Verfechter der Atomenergie. Es wurde vermehrt die Abhängigkeit vom Ausland genannt. Dies mag sein. Wenn man jedoch den Ausstieg aus der Atomenergie fördert, nimmt die Abhängigkeit vom Ausland zu. Dann kommt noch mehr Energie aus dem Ausland, deren Herkunft man nicht genau kennt. Ich möchte daran erinnern, dass man in Ostdeutschland sehr viele Kohlenkraftwerke hat und ich wage zu bezweifeln, ob dies mit dem Kyoto-Protokoll und dem CO₂-Ausstoss aufgeht. Wenn ich das Papier der Schweizerischen SP lese, welches die Förderung erneuerbarer Energien und das Sparen von Strom und gleichzeitig den Ausstieg aus der Atomenergie fordert, muss ich feststellen, dass hier keine konsequente Haltung vertreten wird. Der Ausstieg aus der Atomenergie wird Lücken nach sich ziehen. Von diesen ist jedoch überhaupt keine Rede. Es muss neue Energie entstehen. Eine Einsparung um 40% des heutigen Energiebedarfs scheint mir eine Übertreibung zu sein. Die erneuerbaren Energien, welche gefordert werden, werden jedoch auch gleichzeitig bekämpft. Ich möchte an das KWO-plus und die Erhöhung der Staumauer der erinnern, welche mehr Wasserkraft gebracht hätte, jedoch von RGM bekämpft wurde. Es ist inkonsequent, ein Energielabel für die Stadt Bern zu fordern und gleichzeitig die Wasserkraft zu bekämpfen. Ökostrom ist gut, hat jedoch das Problem, dass die Kilowattstunde massiv teurer ist bei Atomstrom. Mit 0,5% wird sehr wenig Ökostrom produziert. Der Ökostrom, der auf dem Mont-Soleil produziert wurde, entspricht wenigen Betriebsstunden des Kernkraftwerkes Leibstadt. Kernenergie ist eine sehr saubere Energie, wenn man davon absieht, dass man bei der Endlagerung gewisse Probleme hat. Wer sich mit der Technologie auseinandersetzt und auf der Homepage der Nagra surft, stellt fest, dass sich hier einiges bewegt und dass es andere Länder gibt, in denen das Problem der Endlagerung bereits gelöst werden konnte. Warum sollte dies nicht auch in der Schweiz möglich sein? Auch ich bin der Meinung, dass man Verkehrs- und Umweltpolitik nicht voneinander trennen kann, denn ein Auto verbraucht sehr viel Energie. Die Bestrebungen hinsichtlich des Einsatzes von Gasbussen erachte ich als äusserst gut. Ich bin sogar der Meinung, dass man die Umrüstung herkömmlicher Verbrennungsmotoren auf Erdgasmotoren fördern sollte. Bernmobil hat eine Erdgastankstelle aufgestellt. Von diesen gibt es in der Region Bern relativ wenige. Warum macht man diese Erdgastankstelle nicht öffentlich, so dass man auch als Privatperson dort tanken könnte. Mein Auto würde mit demselben Erdgas fahren wie der Bus von Bernmobil. Diese Idee könnte man durchaus aufnehmen. Als angehender Ingenieur bin ich ein absoluter Verfechter moderner Technologien. Minergie-Standards haben momentan bezüglich der Kosten noch ihre Grenzen, aber es gilt auf jeden Fall dran zu bleiben und sie nicht zu bekämpfen. In diesem Sinne kann es nur darum gehen, unsere Reihen aufzufordern, endlich in der Umweltpolitik vorwärts zu machen, denn wir haben Ideen, die vielleicht etwas pragmatischer sind als die grünen Ideen.

Hans Peter Aeberhard (FDP): Die Energiediskussion ist eine weltweite Diskussion kann eine auf Stufe Kommune nicht erschöpfend gelöst werden. Wenn man über Energie diskutiert, gilt es, zwei Axiome zur Kenntnis zu nehmen. Der Energieverbrauch nimmt global von Jahr zu Jahr zu. Es ist nicht möglich, mit so genannten erneuerbaren Energien den weltweiten Energieverbrauch zu decken. Wenn wir so tun, als ob wir unseren Energieverbrauch mit Ökostrom in ferner Zukunft allenfalls zu 100% decken könnten, ist dies einfach falsch. Man muss grundsätzlich zugeben, dass man mit nicht erneuerbaren Energien arbeiten muss und irgendwann einmal auch mit der Kernkraft weiterarbeiten muss. Es geht letztlich darum, die Energieversorgung der Welt auf eine neue technologische Basis zu setzen. Die erneuerbaren Energien wie beispielsweise Wasserkraft sind in der Stadt Bern sehr prominent vertreten. Der Grossteil von uns verbraucht erneuerbare Energien, unter die die Wasserkraft subsumiert wird. Die neuen erneuerbaren Energien zur Stromerzeugung aus eher marginalen Technologien sind gut und die FDP ist der Meinung, dass ihnen die nötige Unterstützung zukommen sollte. Man darf sich jedoch nicht der Illusion hingeben, dieser Strom würde ausreichen und man könnte

die Konsumentinnen und Konsumenten dazu zwingen, solchen Strom zu brauchen. Wir wissen, dass die nicht erneuerbaren Energien knapper werden. Die Erdölpreise steigen, weil Asien viel mehr Energie braucht. Weltweit arbeitet man daran, die unerschöpfliche Energiequelle zu knacken. Hier geht es immer noch darum, die Kernfusion irgendwann operabel zu machen und damit den Grossteil des menschlichen Energiebedarfs zu decken. Es werden neue Technologien kommen und die Stadt Bern braucht nicht das Ei des Kolumbus zu finden. Zu Traktandum 1: Die Fraktion FDP möchte diesen Vorstoss nicht als Motion überweisen, denn wir wollen keinen Stellenausbau vornehmen. Wie der Gemeinderat sagt, gibt es bereits im Rahmen des Gesamtkredits Energiestadt 100 000 Franken mehr, welche eine entsprechende Bewegungsfreiheit erlauben. Wir sind jedoch bereit, Punkt 2 als Postulat zu überweisen. Zu Traktandum 4: Der Titel „Mehr Holz statt Gas“ wirkt etwas ironisch, nachdem im Rahmen der Feinstaubdiskussion im Januar die Holzfeuerungen als grobe Sünder in der Feinstaubproblematik beurteilt worden sind und auf Stufe Gemeinde zeitweise Holzfeuerungen in Cheminées verboten wurden. Allerdings ist zuzugestehen, dass allenfalls etwas mit Filtern gemacht werden könnte. Es ist mir jedoch technisch nicht klar, warum das Blockheizkraftwerk nicht besser mit Gas betrieben wird, welches bezüglich Immissionen und Umweltverschmutzung ökologisch ohnehin weniger bedenklich ist. Unseres Erachtens ist die Antwort des Gemeinderats zutreffend. Namentlich ist auch die ökonomische Bilanz von 9 gegen 12 Rappen schlicht so, dass es nicht verantwortbar wäre, zulasten der Energiekonsumentinnen und -konsumenten beziehungsweise Steuerzahlenden eine Produktionsanlage zu betreiben, welche kostenmässig nicht rentiert. Der zweite Teil der Antwort, nämlich, dass es möglich sein sollte, in Form einer Holzschneitzelfeuerung die so genannte Bandenergie zu erzeugen, ist insofern widersprüchlich, als ewb mit dem Pilotprojekt offenbar vorangegangen ist und die Möglichkeit einer Rentabilität in naher Zukunft einräumt. Die Fraktion FDP ist der Meinung, dass man sich diesbezüglich bei ewb nicht einmischen sollte und nimmt mit Genugtuung und Zustimmung zur Kenntnis, dass auf Holzbasis etwas versucht wird, ohne zu sagen, dass an diesem neuen Standort unbedingt ein Holzkraftwerk errichtet werden muss. Wir stimmen dem Postulat zu. Zu Traktandum 5: Der Fraktion FDP geht es vor allem darum, dass man die Konsumentinnen und Konsumenten nicht zwingt, den so genannten Ökostrom beziehen zu müssen. Wir sind auch dagegen, dass die anderen Energieanteile dazu verwendet werden, den Absatz von Ökostrom quer zu subventionieren, damit mehr Ökostrom bezogen wird. Es sollte jedem überlassen sein, Ökostrom zu beziehen oder nicht. In diesem Sinne sind die Konsumentinnen und Konsumenten relativ mündig.

Daniele Jenni (GPB): Ich unterstütze die vorliegenden Vorstösse, möchte jedoch die Gelegenheit nutzen, auf etwas hinzuweisen. Diese Debatte, die Vorstösse selber sowie auch die Antworten des Gemeinderats haben leider wieder einmal den Aspekt klar gestellt, wie sehr sich die Ausgliederung von ewb aus der normalen Stadtverwaltung als Hindernis für Reformen und Richtlinien bezüglich Energiepolitik, welche vom Stadtrat ausgehen sollten, erweist. In der Motion Urs Frieden bezüglich der Revision des Ökofondsreglements und derjenigen von Franziska Schnyder bezüglich eines neuen ewb-Tarifsystems kommt dies deutlich zum Ausdruck. Am Beispiel des Ökofonds wird uns dargelegt, dass gemäss ewb-Reglement die Zuständigkeiten für die Verwendung und die Ausschüttungen des Ökofonds ausschliesslich in der Kompetenz des ewb-Verwaltungsrats liegen. Der Stadtrat hat somit wenig zu sagen und auch der Gemeinderat kann kaum Einfluss nehmen. Die Forderung nach einem neuen Tarifsystem ist nötig. Aber auch hier erweist sich das ewb-Reglement als Hindernis, weil diese Zuständigkeiten allerhöchstens beim Gemeinderat in Form einer Aufsicht liegen. Dem Stadtrat wird sogar unter Hinweis auf das Unternehmensgeheimnis überhaupt das Recht abgesprochen, darüber informiert zu werden, welche Grundlagen überhaupt zur Tarifpolitik von ewb führen. Wir stellen fest, dass es sehr erfreulich ist, Vorstösse einzureichen und entsprechend

notwendige Veränderung zu verlangen, die sehr unterstützungswürdig sind. Gleichzeitig müssen wir jedoch feststellen, dass wir im Stadtrat mit dem ewb-Reglement, welches wir hier verabschiedet haben, entgegen der ausgesprochenen Warnungen sehr viele Zuständigkeiten abgegeben haben. Diese Zuständigkeiten fehlen uns nun und hindern uns daran, die notwendige Energiepolitik real betreiben zu können. Aus diesem Grunde bin ich der Meinung, dass es überfällig ist, die Zuständigkeitsregelungen und den Grad der Ausgliederung des ewb zu überprüfen. Es ist nötig und ich werde dafür sorgen, dass dies in Form eines Vorstosses auf den Tisch kommt, damit das ewb-Reglement auf diese Fragen hin überprüft und diejenigen Ausgliederungen und Kompetenzverluste, welche uns ständig Prügel zwischen die Beine werfen und unseren Gang in eine bessere Energiepolitik verhindern, beseitigt werden und wir uns und dem Volk damit Zuständigkeiten zurückholen, welche nötig sind, um eine Energiepolitik zu betreiben, welche diesen Namen auch wirklich verdient.

Direktorin SUE *Barbara Hayoz* für den Gemeinderat: Ich möchte für die gute Aufnahme der Antworten des Gemeinderats danken. Ich habe gut zugehört und werde dem Gemeinderat von dieser Debatte Bericht erstatten. Ich möchte einige Punkte aus der Debatte aufgreifen. Bezüglich der Forderung nach einer Stärkung der Energiefachstelle kann ich heute bekannt geben, dass diese Stelle ausgeschrieben und eine Kandidatin gewählt wurde, die ihre Stelle am 1. August 2006 antreten wird. Es ist ein klares Ziel, mit dieser Stelle nicht nur administrative Arbeit zu leisten, sondern vor allem Projekte zu unterstützen. Die Energiestrategie wurde nach einem langen Prozess, welcher auch die Vernehmlassung beinhaltet hat, durch die Kommission bereinigt und verabschiedet und liegt nun dem Gemeinderat zum Entscheid vor. Der Gemeinderat wird sich im Rahmen dieser Energiestrategie an die übergeordneten Vorgaben der Gemeindeordnung halten. Ich möchte dafür danken, dass mehrheitlich festgehalten wurde, dass die Energiestrategie ein gutes Papier sei. Wir sind uns jedoch der Tatsache bewusst, dass es sich um ein Strategiepapier handelt und wir nicht an diesem, sondern letztendlich an den aufgrund dieses Papiers realisierten Massnahmen gemessen werden. Ich bin davon überzeugt, dass der Stadtrat dem Gemeinderat sehr genau auf die Finger schauen wird. Wir haben im Zusammenhang mit dem neuen Preissystem ewb einen klaren Auftrag erteilt. Mit der Einführung eines neuen Preissystems muss vor allem auch die aktive Förderung von Strom aus erneuerbaren Energien angegangen werden. ewb hat den Auftrag, dem Gemeinderat bis Ende Jahr Vorschläge zur Förderung erneuerbarer Energien zu unterbreiten. Bezüglich Ökofonds kann ich mitteilen, dass die Revision eingeleitet wurde und die Kommission, wie mehrmals gefordert, durch externe Fachpersonen ergänzt werden soll. Vorschläge liegen dem Verwaltungsrat zuhanden der Sitzung vom 11. Mai 2006 vor. Im Gegensatz zu den Ausführungen von Michael Aebersold möchte ich festhalten, dass der Ökofonds kein Geheimnis ist. Die Jahresrechnung 2005 des Ökofonds liegt vor und liegt im Ratssekretariat bereit zum Versand an die BAK. Die BAK-Mitglieder werden diese gemeinsam mit der Rechnung ewb erhalten. Der Versand ist eingeleitet und ich denke, es ist lediglich eine Frage von Tagen, bis die Unterlagen der zuständigen Kommission zugestellt werden. Die Transparenz ist vorhanden. Wir haben auch die letztjährige Rechnung mit der zuständigen Kommission diskutiert. Im Zusammenhang mit Holzkraftwerken ist die Frage aufgetaucht, mit welchen Szenarien ewb gerechnet hat. ewb hat sechs verschiedene Szenarien durchgerechnet und verschiedene Preisentwicklungen berücksichtigt. Es wurde sowohl mit dem besten, dem schlechtesten Fall sowie mit weiteren Szenarien im Zusammenhang mit der Preisentwicklung in den verschiedenen Produkten gerechnet. Aus nachvollziehbaren Gründen kann ich keine Details zu den Berechnungen vorlegen, aber ich möchte versichern, dass die Berechnungen äusserst sorgfältig durchgeführt wurden. Es ist klar, dass man die Sache am Ende rentabel betreiben können. Ich möchte an die Adresse von Natalie Imboden sagen, dass wir der Frage nach dem Umweltmanagement System (UMS) ganz gezielt nachgehen. Wir haben punktuell Überprü-

fungen vorgenommen. Es ist richtig, dass es noch keine Gesamtschau und ein Controlling gibt, aber wir haben dargelegt, dass im Moment noch andere Aufgaben anstehen und wir andere Prioritäten gesetzt haben. Wir werden UMS aber nicht aus den Augen verlieren. Ich möchte zudem den Schreibfehler auf Seite 3 der Motion Natalie Imboden bezüglich Energiestrategie entschuldigen. Selbstverständlich möchten wir in Oberhasli kein Kernkraftwerk bauen.

Michael Aebersold (SP): Ich störe mich einfach daran, dass in der Antwort die Rede vom Ökofonds-jahresbericht 2004 ist, ich diesen jedoch nicht erhalten habe, als ich danach gefragt habe. Ich sehe nicht ein, warum dieser Bericht nur an die BAK geht. Zudem schreibt der Gemeinderat in der Antwort auf die Interpellation Urs Frieden, wie die Gelder eingesetzt wurden. Ich bin der Meinung, dass diese Zahlen in den Jahresbericht von ewb gehören, damit alle wissen, was mit den Ökofondsgeldern geschieht.

Der Interpellant von Traktandum 5 ist mit der Antwort des Gemeinderats **teilweise** zufrieden.

Beschlüsse

zu Traktandum 1

1. Punkt 1 der in ein Postulat umgewandelten Motion Urs Frieden (GB): Energiefachstelle stärken ist unbestritten und wird vom Rat stillschweigend als Postulat überwiesen.
2. Der Rat überweist die Punkte 2 und 3 der umgewandelten Motion Frieden mit 46 : 25 Stimmen als Postulate.

zu Traktandum 2

3. Die in ein Postulat umgewandelte Motion Urs Frieden (GB): Revision des Ökofondsreglements ist unbestritten und wird vom Rat stillschweigend überwiesen.

zu Traktandum 3

4. Die in ein Postulat umgewandelte Motion Natalie Imboden (GB): Eine griffige Energiestrategie für Bern! ist unbestritten und wird vom Rat stillschweigend überwiesen.
5. Der Rat genehmigt die Antwort des Gemeinderats als Prüfungsbericht mit 37: 32 Stimmen bei 2 Enthaltungen.

zu Traktandum 4

6. Das Postulat Urs Frieden (GB): Holz statt Gas ist unbestritten und wird vom Rat zusammen mit dem Prüfungsbericht stillschweigend überwiesen.

- Die Traktanden 6 und 7 werden gemeinsam behandelt. -

Block B: Atomenergie und Ausstieg

6 Motion Natalie Imboden (GB): Mehr grüne Kraft: Atomausstieg als Ziel – Beteiligungsstrategie überdenken

Geschäftsnummer 05.000403 / 06/070

In der Gemeindeordnung, welche von der Stimmbevölkerung mit grossem Mehr gutgeheissen wurde steht: [Die Stadt] unterstützt die dezentrale Energieerzeugung und Energieversorgung und strebt an, umweltbelastende oder umweltgefährdende Energieträger wie die Atomenergie durch einheimische und regenerierbare Energie zu ersetzen. (Art. 8 Abs. 3 GO).

Das ebenfalls durch die Stimmbevölkerung verabschiedete Reglement legt weiter fest: Energie Wasser Bern setzt sich im Rahmen ihrer Beteiligung an Atomkraftwerken für eine Auflösung beste-

hender vertraglicher Verpflichtungen zur Wiederaufbereitung abgebrannter Kernbrennstoffe auf den vertraglich frühestmöglichen Zeitpunkt ein (Art. 6 Abs. 4 ewr).

Diesen klaren Auftrag haben ewb und Gemeinderat bisher nicht erfüllt. Ein Umstieg aus fossilen, nicht erneuerbaren Energien und aus der Atomenergie hin zu einer umweltfreundlichen Energiepolitik ist nicht allein durch das ewb zu bewerkstelligen. Stadt und ewb haben jedoch einen Volksauftrag, alles nur Erdenkliche zu tun, damit dieser Prozess beschleunigt wird. Heute sieht die Beteiligung von ewb an Atomkraftwerken wie folgt aus:

Gösgen: Betriebsaufnahme 1979 (26 Betriebsjahre) → EWB-AK-Anteil: 7.5%; Bezugsanteil an Gesamtstromerzeugung des EWB: 33%. VR-Mitglieder: Hayoz und Kramer

Fessenheim: Betriebsaufnahme 1977 (28 Betriebsjahre) → EWB-AK-Anteil: 2.0% (Unterbeteiligung); Bezugsanteil an Gesamtstromumsatz des EWB: 7.5%.

Fazit: ewb deckt 40 Prozent des Energiebedarfs durch Atomenergie ab! Hier ist ein Umdenken nötig.

Der Gemeinderat wird aufgefordert, gemäss Art. 8 GO und Art. 6 EWR dem Stadtrat eine Prognose über den zukünftigen Energiebedarf und ein Ausstiegskonzept für seine Abdeckung aus Atomstrom vorzulegen. Dabei sind verschiedene zeitliche Szenarien zu erarbeiten.

Bern, 25. August 2005

Antwort des Gemeinderats

Es trifft zu, dass in der Gemeindeordnung der Stadt Bern das Ziel formuliert ist, die Atomenergie durch einheimische und regenerierbare Energie zu ersetzen. Andererseits ist Energie Wasser Bern (ewb) durch den Leistungsauftrag verpflichtet, für eine sichere, ausreichende und rationelle Versorgung im Rahmen der Verfügbarkeit zu sorgen (Art. 8 Abs.1 des Reglements Energie Wasser Bern; ewr; SSSB 741.1).

Der Gemeinderat ist sich der Problematik bezüglich der mittel- und langfristigen Deckung des Strombedarfs und der Verpflichtung, Atomenergie durch einheimische, erneuerbare Energie zu ersetzen, bewusst. Er misst der Evaluierung von zusätzlichen Produktionsmöglichkeiten für die Deckung des Mehrverbrauchs einerseits sowie der Ablösung von auslaufenden Beteiligungen andererseits grosse Bedeutung zu und räumt diesen Fragen eine hohe Priorität ein. So prüft ewb derzeit beispielsweise neben dem Ausbau von bestehenden Wasserkraft-Beteiligungen den Bau einer erweiterten Spitzenlastanlage der Fernwärmezentrale in der geplanten Kerichtverwertungsanlage (KVA) Forsthaus. Im Vordergrund stehen momentan eine Holzschnitzelfeuerung und eine Gasturbine als Kombianlage für die lokale Stromproduktion. Die Inbetriebnahme wäre für das Jahr 2011 vorgesehen. Das Potential der Stromproduktion der erweiterten Spitzenlastanlage würde ausreichen, um die Energie aus der auslaufenden Beteiligung des Kernkraftwerks (KK) Fessenheim und einen Teil des Mehrverbrauchs abzudecken. Der Gemeinderat macht allerdings darauf aufmerksam, dass die Kosten für die lokale Stromproduktion rund dreimal höher liegen würden als die heutigen Beteiligungskosten aus dem KK Fessenheim. Trotzdem erachtet er die erwähnte Option der erweiterten Spitzenlastanlage KVA, auch hinsichtlich der stetig steigenden Marktpreise des Stroms, als eine Chance auf eine eigenständige, lokale Stromproduktion mit dem erneuerbaren Brennstoff Holz aus der Region und dem fossilen Brennstoff Gas. Als weitere Option bietet sich eine mögliche geothermische Produktionsanlage in Innertkirchen an, welche zurzeit als Ideenskizze seitens der Kernkraftwerke Oberhasli AG (KWO) vorliegt.

Der Gemeinderat ist bereit, dem Stadtrat Szenarien zu einem Ausstieg aus der Atomenergie und ihren Auswirkungen auf die Preisgestaltung, die Versorgungssicherung usw. aufzuzeigen. Die Motion betrifft inhaltlich einen Bereich, der in der gemeinderätlichen Zuständigkeit liegt. Der Motion kommt deshalb der Charakter einer Richtlinie zu.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion abzulehnen; er ist jedoch bereit, den Vorstoss als Postulat entgegenzunehmen.

Bern, 22. Februar 2006

7 Postulat Natalie Imboden (GB): Mehr grüne Kraft: Ausstieg aus Fessenheim: Unterstützung des trinationalen Atom-Schutzverbands

Geschäftsnummer 05.000400 / 06/067

ewb deckt 40 Prozent des Energiebedarfs durch Atomenergie ab, u.a. durch Beteiligungen am AKW Fessenheim, welches bereits 28 Betriebsjahre (Betriebsaufnahme 1977) hat. Konkret bezieht ewb 7.5 % seines Stroms aus Fessenheim und besitzt 2 % des Aktienkapitals.

Als Reaktion auf Sicherheitsrisiken, die von dem pannenanfälligen, altersschwachen und erdbebengefährdeten Atomkraftwerk Fessenheim ausgehen, wurde im Juni 2005 in Basel der Trinationale Atom-Schutzverband (TRAS) gegründet. TRAS will sich über die nationalen Grenzen hinweg für den Schutz der Bevölkerung vor bestehenden Atomrisiken einsetzen und neue Atomkraftwerke mit allen verfügbaren Rechtsmitteln verhindern.

Da die Stadt Bern und ewb einen klaren Volksauftrag haben einen Weg für den Ausstieg aus den Atombeteiligungen zu suchen, besteht Handlungsbedarf:

[Die Stadt] unterstützt die dezentrale Energieerzeugung und Energieversorgung und strebt an, umweltbelastende oder umweltgefährdende Energieträger wie die Atomenergie durch einheimische und regenerierbare Energie zu ersetzen. (Art. 8 Abs. 3 GO).

Das ebenfalls durch die Stimmbevölkerung verabschiedete Reglement legt weiter fest: Energie Wasser Bern setzt sich im Rahmen ihrer Beteiligung an Atomkraftwerken für eine Auflösung bestehender vertraglicher Verpflichtungen zur Wiederaufbereitung abgebrannter Kernbrennstoffe auf den vertraglich frühestmöglichen Zeitpunkt ein. (Art. 6 Abs. 4 ewr)

Der Gemeinderat wird aufgefordert zu prüfen, wie er die Anliegen des Trinationalen Atom-Schutzverbands (TRAS) mitunterstützen kann.

Bern, 25. August 2005

Antwort des Gemeinderats

Der Gemeinderat hält fest, dass es sich beim Kernkraftwerk (KK) Fessenheim um eine Unterbeteiligung von ewb (via BKW) handelt. Es besteht seitens ewb weder ein direkter Kontakt, noch nimmt ewb Einsitz in einem Organ der KK-Betreiberin. Der Ausstieg aus der Unterbeteiligung am KK Fessenheim ist nur möglich unter Berücksichtigung der bestehenden vertraglichen Verpflichtungen. Zudem ist ewb gemäss ihrem Leistungsauftrag (Art. 8 Abs. 1 Reglement Energie Wasser Bern; ewr; SSSB 741.1) verpflichtet, für eine sichere, ausreichende und rationelle Versorgung im Rahmen der Verfügbarkeit zu sorgen.

Im Augenblick ist ein Ausstieg aus der Unterbeteiligung am KK Fessenheim unter Berücksichtigung der Vorgaben des Leistungsauftrags nicht möglich. ewb prüft aber derzeit beispielsweise neben dem Ausbau von bestehenden Wasserkraft-Beteiligungen den Bau einer erweiterten Spitzenlastanlage der Fernwärmezentrale der neuen Kehrrechtverwertungsanlage Forsthaus (KVA). Im Vordergrund stehen momentan eine Holzschnitzelfeuerung und eine Gasturbine als Kombianlage für die lokale Stromproduktion. Die Inbetriebnahme wäre für das Jahr 2011 vorgesehen. Das Potential der Stromproduktion der erweiterten Spitzenlastanlage würde ausrei-

chen, um die Energie aus der auslaufenden Beteiligung am KK Fessenheim und einen Teil des Mehrverbrauchs abzudecken.

Der Gemeinderat ist daher bereit, das Postulat anzunehmen und in seinem Postulatsbericht aufzuzeigen, unter welchen Voraussetzungen ein Ausstieg aus Fessenheim längerfristig möglich ist.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, das Postulat erheblich zu erklären.

Bern, 22. Februar 2006

Fraktionserklärungen zu den Traktanden 6 und 7

Natalie Imboden (GB): Bei den beiden vorliegenden Geschäften geht es um die Frage, unter welchen Bedingungen der Ausstieg aus der Atomenergie erfolgen soll. Es war erschreckend, dieser Tage wieder zu sehen, was in Tschernobyl vor 20 Jahren geschehen ist. Es ist klar, dass man die schweizerischen Atomkraftwerke nicht mit denjenigen Kernreaktoren vergleichen kann, welche damals die Katastrophe ausgelöst haben. Ein Restrisiko bleibt dennoch bestehen. Atomenergie ist nicht sicher. Dies haben uns die Ereignisse rund um Tschernobyl gezeigt. Atomenergie bedeutet ein Risiko schlechtester Güte. Aus diesem Grund sind die beiden Vorstösse für die Fraktion GB/JA! mitunter die zentralsten unseres Paketes. National geht es um die Frage Atomausstieg Ja oder Nein. In der Stadt Bern geht es um die Frage, welchen Beitrag wir dazu leisten können. In der Gemeindeordnung, welche die Stimmbevölkerung mit einem deutlichen Mehr angenommen hat, steht in Artikel 8, dass Atomenergie durch einheimische und erneuerbare Energie zu ersetzen sei. Dieser Auftrag ist sehr klar formuliert und muss die Leitschnur für unser Handeln in dieser Frage bilden. Wir haben ewb im Übertragungsreglement diesen Auftrag der Gemeindeordnung auf den Weg mitgegeben. Die bisherigen Beteiligungen sollen auf den vertraglich frühest möglichen Zeitpunkt aufgehoben werden. Es ist uns klar, dass solche Entscheide nicht vom einen auf den anderen Tag umgesetzt werden können. Die Gemeindeordnung ist jedoch immerhin einige Jahre alt und aus diesem Grund ist es jetzt an der Zeit, ganz konkrete Aufträge zu erteilen, welche den Ausstieg in Szenarien skizzieren sollen. Die Realität in der Stadt Bern ist noch eine andere. Die Autos fahren mit Benzin, wir heizen mit Heizöl und verbrauchen sehr viel Strom. Es geht nicht nur um den Strom, der aus der Steckdose kommt, sondern um den gesamten Energieverbrauch in der Stadt Bern, denn 86% der Energie stammt aus fossilen oder nuklearen und damit nicht erneuerbaren Quellen. Es war die Rede von der grossen Abhängigkeit, in der wir uns befinden und von der Wertschöpfung, welche nicht in der Schweiz, sondern anderswo geschieht. ewb hat in diesem Bereich einen entscheidenden Einfluss, denn 57% des gesamten Energieflusses fallen bei ewb an. Somit ist es zentral, was ewb unternimmt, um die 40% Atomstrom endlich ablösen zu können. Wir haben kleine Wasserkraftwerke und hydraulische Kraftwerke, aber diese stellen lediglich einen sehr kleinen Teil der Energie, welche wir tagtäglich verbrauchen, zur Verfügung. Der Grossteil des Stroms aus der Steckdose stammt aus Atomenergie. Diese Realität möchten wir ändern. 33% des Gesamtenergiebedarfs von ewb stammt aus Gösgen und knapp 8% aus dem Atomkraftwerk Fessenheim. Wir sind sehr froh, dass sowohl in der Zeitung als auch in der Antwort des Gemeinderats zu lesen ist, dass ewb den Ausstieg aus Fessenheim ins Auge fasst und der Gemeinderat das Postulat bezüglich eines Ausstiegs aus Fessenheim annehmen möchte. Dies ist ein erster wichtiger Schritt in dieser Ausstiegsstrategie. Fessenheim ist der älteste französische Reaktor, liegt im Elsass zwischen Strassburg, Fribourg und Basel und ist aufgrund seines Alters sehr anfällig. Zudem ist die Sicherheit nicht mehr gewährleistet. Aus diesem Grund haben 110 Exekutivmitglieder aus dieser Region

im März 2006 ein Appell an die französische Regierung unterzeichnet, Fessenheim unverzüglich vom Netz zu nehmen, weil die mangelnde Sicherheit Angst macht. Der Trinationale Atom-Schutzverband (TRAS) prüft im Moment eine Klage, wegen Sicherheitslecks beim AKW Fessenheim. Die Stadt Bern würde gut daran tun, sich aus Fessenheim zurückzuziehen. Das grüne Fernziel muss lauten, dass viel mehr Energie aus erneuerbarer Energie gewonnen wird. Die Utopie geht hinauf auf 100%. Die Diskussionen um die so genannte 2000-Watt-Gesellschaft sind lanciert. Auch der Bundesrat hat sich auf dieses Fernziel ausgerichtet. Wir produzieren heute sehr viel graue Energie, brauchen 6000 Watt und haben eine sehr ineffiziente Verwendung dieser Energie. Wir möchten die bestehenden Abhängigkeiten verändern. Entgegen aller Behauptungen ist es eben nicht so, dass Atomenergie eine sauberere Energie werden wird. Zur Gewinnung von Atomenergie braucht man Uran, welches ein endliches Gut ist. Für die Produktion einer Kilowattstunde Strom braucht es vier Kilowattstunden Primärenergie für die Urangewinnung. Dies ist ein Problem; von der Sicherheit ganz zu schweigen. Der Ausstieg ist nicht von heute auf morgen möglich. Genau deshalb verlangen wir, dass uns Szenarien unterbreitet werden, wie der Ausstieg aus Fessenheim sowie aus Gösgen bewerkstelligt werden kann. Wir möchten eine Prognose über den künftigen Energiebedarf in der Stadt Bern. Zudem möchten wir in diesem Ausstiegskonzept sehen, zu welchem Preis, in welcher Zeitdauer und mit welchen Alternativenergien der Ausstieg möglich wäre. Wir möchten in Kenntnis dieser Fragen den Entscheid fällen können, wobei es für uns klar ist, dass es in Richtung Ausstieg gehen muss. Auch der Ausstieg aus Gösgen braucht einen ersten Schritt. Dies wäre mit der Unterstützung der Motion betreffend Atomausstieg möglich. Die Fraktion GB/JA! hält an der Motionsform fest. Wir möchten einen klaren und verbindlichen Auftrag von Politik und Parlament an Gemeinderat und ewb, damit wir die Ausstiegsszenarien erhalten. Wir erwarten, dass ewb und Gemeinderat so rasch als möglich aktiv werden. In dieser Frage braucht es mehr grüne Kraft und wir können jetzt den ersten Schritt machen. Zur Schaffung von Transparenz haben wir eine Abstimmung unter Namensaufruf verlangt und wir hoffen, dass viele ein klares Signal in Richtung Ausstieg setzen.

Ueli Haudenschild für die Fraktion FDP: Wir sind uns einig, dass es bei den vorliegenden Geschäften nicht um ein Sachproblem, sondern um eine Grundsatzdebatte und um weltanschauliche oder ideologische Fragen rund um das Thema Atomausstieg geht. Auf diese Frage konnte bislang niemand die richtige Antwort geben. Die Debatte erinnert mich an die Grimsel-Debatte, weil die Stadt auch hier über einen lediglich beschränkten Handlungsspielraum verfügt, aber dennoch eine Signalwirkung entfachen kann, welche bei der Annahme der beiden Vorstösse ebenso falsch wäre wie diejenige es der Grimsel-Debatte war, die später revidiert werden musste. Ich schätze, dass der heutige Entscheid in zehn Jahren ebenfalls revidiert werden muss. Die Vorstösse verlangen einen Ausstieg aus den Beteiligungen beziehungsweise eine Unterstützung des TRAS zu einer generellen Verhinderung neuer Kernkraftwerke. Zu Beginn einer solchen Debatte muss die Tatsache stehen, dass eine sichere und unterbrechungsfreie Stromversorgung in einer modernen Informationsgesellschaft unabdingbar ist. Ich gehe davon aus, dass dies von den Linken nicht bestritten wird, es sei denn, man träume vom Steinzeitalter. Es ist eine Tatsache, dass der Gesamtenergiebedarf mit wachsender Wirtschaft und Gesellschaft zunimmt. Dies beispielsweise deshalb, weil wir immer mehr Wohnfläche pro Person in Anspruch nehmen. Dies ist nicht nur bei den Bürgerlichen so. Dies lässt sich durch eine erhöhte Energieeffizienz teilweise optimieren. Dies soll im Rahmen der Möglichkeiten vollumfänglich realisiert werden, wird jedoch nicht ausreichen, um eine Trendwende herbeizuführen. Vielleicht gehen die Meinungen bereits in diesem Punkt auseinander. Nun stellt sich die Frage, wie dieser ausgewiesene Energiebedarf gedeckt werden soll. Leider ist es eine Tatsache, dass die Schweiz im vergangenen Jahr bezüglich Stromversorgung erstmals mehr Strom importieren musste als sie exportieren konnte. In zehn Jahren werden uns

etwa 30% der heute verfügbaren Strommenge fehlen. Dies auch bei gleich bleibendem Verbrauch. Gesamteuropäisch müssen wir etwa 300 neue Anlagen schaffen können. Dies unabhängig davon, ob wir selber produzieren oder aber mehr importieren. Wir sollten zum heutigen Zeitpunkt nicht über einen Ausstieg aus der Kernkraft diskutieren, sondern über einen möglichst raschen Wiedereinstieg in die Kernkraft. Ich bin der Überzeugung, dass wir die Möglichkeit haben sollten, über die Stromproduktion auch in Zukunft selber entscheiden zu können. Um uns nicht einfach auf Importe abstützen zu müssen, sollten wir weiterhin auf Kernkraft setzen. Dies vor allem, weil wir Bandenergie herstellen müssen, welche sich weder durch Solarenergie noch durch Windenergie und lediglich bedingt durch Wasserkraft decken lässt. Wir sollten nicht denselben Fehler machen wie Deutschland und nur dann Energie produzieren, wenn der Wind bläst und die fehlende Strommenge aus französischen Atomkraftwerken oder fossilen Kraftwerken in Italien importieren. Dies ist eine Energiepolitik, welche für die gesamte Energieversorgung Europas ein riesiges Problem darstellt. Alternativ kann man den Strombedarf konventionell thermisch decken mit der Konsequenz einer riesigen CO₂-Produktion. Massiv weniger umweltbelastend und sicherer wäre die Deckung des Strombedarfs mit Atomenergie. In den letzten Jahren waren viel weniger Todesfälle aufgrund der Kernkraft zu verzeichnen als aufgrund der Kohle. Moderne Kernkraftwerke sind eine Chance und keine Gefahr und bilden von den heute zu Verfügung stehenden die beste Alternative. Bis zum heutigen Zeitpunkt konnte niemand eine echte Alternative aufzeigen. Auch diejenigen nicht, welche den Ausstieg vollziehen. Diese verschieben das Problem einfach auf andere und importieren mehr. Die Fraktion FDP wird beide Vorstösse ablehnen.

Nadia Omar (GFL) für die Fraktion GFL/EVP: Am letzten Mittwoch war der zwanzigste Jahrestag des Tschernobyl-Super-GAUs. Bei dieser Katastrophe wurden mehr als eine Generation Menschen und sehr viel Land verseucht. Tschernobyl ist heute noch ein unvergessliches Mahnmal für die Gefahren der Produktion von Atomstrom. Wir haben auch in der Schweiz gewisse Probleme. So bildet die Endlagerung ein Problem und es scheint auch in nächster Zeit, trotz der Anstrengungen der Nagra keine Lösung für dieses Problem zu geben. Für die GFL/EVP-Fraktion besteht das Ziel im Atomausstieg. Wir orten jedoch verschiedene Probleme. Der Energieverbrauch steigt stetig und eine wasserfeste Alternative zur Versorgung ist nach wie vor nicht vorhanden. Aus diesem Grund erachten wir es als wichtig, dass viel Sensibilisierungsarbeit bei den Konsumentinnen und Konsumenten geleistet wird. Des Weiteren sehen wir keine Lösung darin, unsere alten Werke auszuschalten und im Ausland teuren Atomstrom einzukaufen. Wir sind jedoch der Meinung, dass der Gemeinderat sich noch intensiver um die Ankurbelung alternativer Projekte kümmern könnte. Angesichts des Alters unserer Atomanlagen wären ein griffiges Konzept sowie gewisse Investitionen nötig. In dieser Thematik muss ganz klar politischer Wille gezeigt werden, damit sich endlich etwas bewegt. Die Fraktion GFL/EVP wird der Motion sowie dem Postulat zustimmen.

Stefan Jordi (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Die Diskussion um die Versorgungssicherheit ist in letzter Zeit intensiver geworden. Dies ist gut, denn damit wird die Debatte um die Ressourcenverwendung, die Energieproduktion und -verwendung sowie um die Nachhaltigkeit im gesamten Energiebereich beginnen und weitere Kreise involvieren als die bisher lediglich unter Expertinnen und Experten stattfindenden Gespräche. Es muss auch darüber diskutiert werden, wie und wodurch wir die fünf bestehenden Atomkraftwerke, von denen einige bereits in 15 Jahren den Betrieb einstellen werden, ersetzen wollen. ewb bezieht 40% des Stroms, der an die Stadt geliefert werden muss, aus den Atomkraftwerken Gösgen und Fessenheim. Dies entspricht dem schweizerischen Durchschnitt. Der Kanton Basel Stadt hat jedoch 0% Anteil an Atomstrom. Bezüglich der Sicherheit der beiden genannten Atomkraftwerke, insbesondere des AKWs Fessenheim, gilt es zu bemerken, dass diese seitens der Behörden ständig über-

prüft werden. Sei dies durch nationale oder internationale Gremien. Zudem besteht eine gemischte französisch-schweizerische Kommission für die nukleare Sicherheit des Atomkraftwerks Fessenheim. Diese Kommission liess verlauten, dass auch im Falle eines Erdbebens keine grossen Probleme auftreten sollten. Dies ist immerhin beruhigend. Die Berner Stimmbürgerinnen und Stimmbürger haben ein klares Signal gegeben, dass sie Strom ohne Atom möchten. So haben die Bernerinnen und Berner der Moratorium-Plus-Initiative im Jahre 2003 mit 54% zugestimmt. Die Stadt Bern hat über die Initiative „Strom ohne Atom“ mit einem überdurchschnittlich hohen Anteil an Ja-Stimmen von 46% befunden. Die Atomkraftwerke sind heute dank des technologischen Fortschritts etwas sicherer geworden. Seit 1986 gab es keine grösseren Unfälle mehr. Es gibt jedoch keine Garantie, dass keine Unfälle mehr geschehen, da die Fehler zumeist aufgrund menschlichen Versagens passieren. Ein grosses Problem der Kernkraft besteht darin, dass diese Technologie radioaktiven Abfall produziert. Dieser Abfall bleibt teilweise für mehrere tausend Jahre für Mensch und Umwelt gefährlich. Eine Technologie, welche für etwa 60 Jahre einen Nutzen bringt, aber Kosten und Risiken für tausende von Jahren hinterlässt, kann nicht als nachhaltig bezeichnet werden. Auch die heute propagierten neuen Typen von Atomkraftwerken produzieren ebenfalls radioaktiven Abfall und bieten keine hundertprozentige Sicherheit. Der einzige Trumpf, den die Atomkraft in Händen hält, ist die fast CO₂-freie Energieproduktion. Diesen Vorzug haben jedoch auch alternative Energieformen. Wichtiger als die Planung neuer Atomkraftwerke ist die Suche nach alternativen Lösungen, welche jetzt mit voller Energie vorangetrieben werden muss. Es müssen Energieformen sein, welche einerseits für die kommende Generationen keine schwer wiegenden Nachteile mit sich bringen und andererseits die Nachfrage nach Energie decken können. Dieses Ziel ist nur mit einer Kombination von Massnahmen erreichbar. Zum einen muss Energie gespart und effizientere Geräte und Technologien gefördert werden, zum anderen müssen alternative Energieformen ernsthaft gefördert werden. In diesem Bereich besteht grosser Handlungsbedarf. Dies insbesondere dann, wenn die Bestrebungen der Elektrizitätswerke wieder in die Richtung gehen, nach dem im Jahre 2000 abgelaufenen Moratorium ein neues Atomkraftwerk zu planen, anstatt nach nachhaltigen Lösungen der Energieproduktion zu suchen und in diese zu investieren. Der Ersatz von 40% Atomstromanteil kann leider nicht von heute auf morgen bewerkstelligt werden. Es bedarf einer langfristigen Strategie und Investitionen. Wir unterstützen die Anliegen der Motion und des Postulats. Bei der Motion müssen wir jedoch sagen, dass es für den Stadtrat und die Kontrolle besser wäre, anstelle einer Richtlinienmotion einen Bericht zu erhalten, aus dem ersichtlich ist, welche Strategie der Gemeinderat in diesem Ausstiegsszenario verfolgt. Wir fordern den Gemeinderat dazu auf, mit der Ausstiegstrategie vorwärts zu machen, wie er es auch in seiner Antwort ankündigt. Die Suche nach alternativen Energiequellen könnte etwas phantasievoller aussehen, als sie der Gemeinderat vorstellt. Beteiligungen und Förderungen von Windkraftanlagen ausserhalb der Schweiz wären denkbar oder auch die Förderung von Geothermie. Neben der Suche nach alternativen Energieformen müssen Bestrebungen unternommen werden, um den Stromverbrauch in der Stadt Bern zu senken. Diesbezüglich hat die Stadt grosse Einflussmöglichkeiten, indem sie beispielsweise sparsame Geräte fördert, die Bevölkerung informiert oder finanzielle Anreize, weniger Strom zu brauchen, schafft. Wir unterstützen die Motion als Postulat und das Postulat als Postulat. Wir fordern den Gemeinderat ausdrücklich dazu auf, die Ausarbeitung der Ausstiegstrategie endlich voranzutreiben. Ich möchte noch festhalten, dass wir die Wasserkraft mit Sicherheit nicht bekämpfen, sondern die unsinnige Art der Vergoldung von Strom durch Pumpspeicherkraftwerke, bei denen graue Energie verwendet wird, um in guten Zeiten den Strom teuer zu verkaufen.

Peter Bernasconi (SVP) für die Fraktion SVP/JSVP: Der Energiebedarf wird steigen und es wird zu einem Verteilungskampf kommen. Die steigenden Preise auf dem Energiemarkt deu-

ten ganz klar darauf hin. Wir stehen diesem Punkt heute wesentlich näher als bisher. Anders lassen sich die Preisentwicklungen in diesem Ausmasse nicht rational erklären. Aus diesem Grund sind wir der Meinung, dass der Ausstieg aus der Atomenergie nicht zeitgemäss ist. Erst wenn wir den Ersatz sichergestellt haben, können wir über den Ausstieg diskutieren. Dagegen haben wir nichts einzuwenden. Es wäre eine gute Lösung, wenn man die alternativen Energieformen so weit vorantreiben könnte. Ich möchte vor einem Ausstieg ganz klar warnen. Ich möchte die Selbstkostenpreise der verschiedenen Stromarten für eine Kilowattstunde in Erinnerung rufen. Bei Atomstrom liegt der Preis zwischen vier und fünf Rappen, bei Windstrom sind es 17 Rappen, bei der Bioenergie sind es je nach Grösse des Werks zwischen 16 und 24 Rappen, bei dem neuen Flusskraftwerk im Nidaukanal betragen die Selbstkosten 25 Rappen und beim Solarstrom kostet eine Kilowattstunde 80 Rappen. In der Stadt Bern beträgt heute der Anteil Atomstrom vom Gesamtverbrauch 40%. Damit kann man in etwa berechnen, welche Kosten ein Atomausstieg mit sich bringen würde. Die Energiepreise sind gestiegen und es ist fraglich, ob die Sache gut herauskommt, wenn die hohen Preise der Alternativenergie noch dazukommen. Die Fraktion SVP/JSVP wird die Motion klar ablehnen.

Beschlüsse

1. Der Rat stimmt der Motion Natalie Imboden (GB): Atomausstieg als Ziel – Beteiligungsstrategie überdenken mit 46 : 25 Stimmen zu.

Die Abstimmung erfolgt unter Namensaufruf.

Mit Ja stimmen: Michael Aebersold, Raymond Anliker, Carolina Aragón, Stefanie Arnold, Gabriela Bader Rohner, Rania Bahnan Büechi, Giovanna Battagliero, Christof Berger, Margrith Beyeler-Graf, Anna Coninx, Conradin Conzetti, Myriam Duc, Andreas Flückiger, Urs Frieden, Verena Furrer-Lehmann, Karin Gasser, Thomas Göttin, Beni Hirt, Natalie Imboden, Daniele Jenni,, Stefan Jordi, Sarah Kämpf, Rudolf Keller, Claudia Kuster, Annette Lehmann, Anna Magdalena Linder, Liselotte Lüscher, Ursula Marti, Corinne Mathieu, Patrizia Mordini, Erik Moza, Nadia Omar, Simon Röthlisberger, Hasim Sancar, Franziska Schnyder, Rolf Schuler, Miriam Schwarz, Hasim Sönmez, Barbara Streit-Stettler, Ueli Stückelberger, Martin Trachsel, Gisela Vollmer, Catherine Weber, Anne Wegmüller, Beat Zobrist, Andreas Zysset

Mit Nein stimmen: Hans Peter Aeberhard, Thomas Balmer, Peter Bernasconi, Dieter Beyeler, Markus Blatter, Peter Bühler, Dolores Dana, Anastasia Falkner, Karin Feuz-Ramseyer, Rudolf Friedli, Jacqueline Gafner Wasem, Ueli Haudenschild, Erich J. Hess, Stephan Hügli-Schaad, Mario Imhof, Ueli Jaisli, Daniel Kast, Daniel Lerch, Philippe Müller, Lydia Riesen-Welz, Heinz Rub, Beat Schori, Ernst Stauffer, Christian Wasserfallen, Sandra Wyss

Enthaltungen: -

Abwesend: Simon Glauser, Beat Gubser, Marcus Häberli, Andreas Krummen, Christoph Müller, Reto Nause, Erich Ryter, Thomas Weil.

2. Das Postulat Natalie Imboden (GB): Ausstieg aus Fessenheim: Unterstützung des Trinationalen Atom-Schutzverbandes wird vom Rat mit 46 : 25 Stimmen überwiesen.

- Die Traktanden 8, 9 und 10 werden gemeinsam behandelt. -

Block C: Gebühren und Investitionen

8 Motion Franziska Schnyder (GB): Mehr grüne Kraft: Neues ewb-Tarifsystem

Geschäftsnummer 05.000402 / 06/073

Dem Preissenkungsdruck, der besonders durch grosse Stromverbraucher aufgesetzt wird, unbesehen nachzugeben, fördert die Verschwendung von Elektrizität und erhöht die Hürden für die Produktion von neuer erneuerbaren Energie (Sonne, Wind, Geothermie etc). Eine Preissenkung, die nicht an Bedingungen eines sparsameren Umgangs mit Energie geknüpft ist, ist abzulehnen. Es müssen auch auf kommunaler Ebene Wege gesucht werden, wie insbesondere beim Atomstrom die externen Kosten (Risiken, Abfallproblem) verursachergerecht belastet werden.

Die Preispolitik ewb ist auf der Basis einer klaren energiepolitischen Strategie der Stadt Bern zu überarbeiten, welche weder die zukünftige Konkurrenzsituation auf dem (liberalisierten) Elektrizitätsmarkt noch die Notwendigkeit der sparsamen Energieverwendung ausser Acht lässt.

Die Bemessung von gebührenpflichtigen Leistungen ewb ist im Reglement Energie Wasser Bern geregelt: ewb fördert die Produktion und den Vertrieb von erneuerbaren Energien. Soweit es das übergeordnete Recht zulässt, kann ewb dafür eine Abgabe auf der Durchleitung von Elektrizität aus nicht erneuerbaren Energien (Ökoabgabe) einführen (Art. 6 Abs. 2 ewr).

Nach Art. 34 ewr beschliesst der ewb-Verwaltungsrat die Höhe der Gebühren in separaten Tarifen. Das Tarifsystem unterliegt der Zustimmung durch den Gemeinderat. Die bisher geltenden Tarife müssen durch den Gemeinderat aufgehoben werden.

Wir fordern den Gemeinderat auf, eine Tarifrevision einzuleiten. Die Revision hat folgende Elemente zu berücksichtigen:

1. Die Tarifrevision ist eingebunden in eine vorgängig durch den Gemeinderat verabschiedete energiepolitische Strategie.
2. Die neue Tarifstruktur soll insbesondere den sparsamen Umgang mit Energie (Energieeffizienz) fördern, zu einem Ausbau des Ökostroms führen und mehr Kostenorientierung bringen.
3. Im Antrag des ewb-Verwaltungsrats an den Gemeinderat werden Vergleiche mit Tarifmodellen anderer Städte aufgeführt.
4. Das Modell ist dem Stadtrat zur Kenntnisnahme und Diskussion vorzulegen.

Bern, 25. August 2005

Antwort des Gemeinderats

Die Motion betrifft inhaltlich eine Frage der Bemessung von gebührenpflichtigen Leistungen von ewb und damit einen Bereich, der in der gemeinderätlichen Zuständigkeit liegt. Der Motion kommt deshalb der Charakter einer Richtlinie zu.

Der Gemeinderat wurde von ewb bereits Mitte 2005 darüber informiert, dass man im Hinblick auf die anstehende, vorerst teilweise Öffnung des Strommarkts ein neues Tarifsystem entwickle. Dieses neue Preissystem Elektrizität (NPE) soll insbesondere den veränderten und zu erwartenden Marktgegebenheiten Rechnung tragen. Ende 2005 erstattete ewb dem Gemeinderat Bericht über die Zielsetzung des NPE, welches unter Berücksichtigung des Reglements Energie Wasser Bern (ewr; SSSB 741.1), der Eigentümerinnenstrategie, der kantonalen und kommunalen energiepolitischen Vorgaben sowie der bevorstehenden Strommarktöffnung ausgearbeitet wurde.

In der Motion sind vier Elemente aufgelistet, die das NPE berücksichtigen soll:

1. Die Tarifrevision ist eingebunden in eine vorgängig durch den Gemeinderat verabschiedete energiepolitische Strategie

Die städtische Energiekommission, in welcher auch jede Stadtratsfraktion mit einem Mitglied vertreten ist, hat im Herbst 2005 den Entwurf der Energiestrategie der Stadt Bern 2005 - 2016 in die Vernehmlassung geschickt. In ihrer ausführlichen Vernehmlassungsantwort hat ewb auf die Verknüpfung des NPE mit der Energiestrategie hingewiesen.

Diese Strategie wird im ersten Halbjahr 2006 überarbeitet und anschliessend dem Gemeinderat zur Verabschiedung und dem Stadtrat zur Kenntnisnahme unterbreitet.

2. Die neue Tarifstruktur soll insbesondere den sparsamen Umgang mit Energie (Energieeffizienz) fördern, zu einem Ausbau des Ökostroms führen und mehr Kostenorientierung bringen

- Energiespar- und Ökologieanreize, Energieeffizienz

Diese Anliegen bilden ein wichtiges und permanentes Element der Eigentümerinnenstrategie, die der Gemeinderat im Juni 2004 beschlossen hat. Der Gemeinderat macht allerdings darauf aufmerksam, dass es jeder Kundin und jedem Kunden frei steht, sich für ein Stromprodukt nach den eigenen Bedürfnissen zu entscheiden. Jedes der Stromprodukte kann mit einem frei wählbaren Anteil an Ökostromprodukten als Option ergänzt werden.

Das NPE ist lediglich ein Element im hierfür notwendigen Massnahmenmix. Die gezielte Information und Beratung der Bevölkerung und der Unternehmen sind weitere wichtige Bestandteile. Im Übrigen hat der Gemeinderat gefordert, dass ewb Modelle zur Abgeltung von energiesparenden Massnahmen prüft, die aber nicht gleichzeitig mit dem NPE eingeführt werden können, da die möglichen Varianten noch sorgfältig evaluiert werden müssen.

Weitergehende Massnahmen und deren Finanzierung schliesslich sind in Zusammenarbeit mit der Energiefachstelle der Stadt Bern und losgelöst vom NPE zu planen und zu realisieren.

- Kostenorientierung

Die Kostenorientierung ist ein zentrales Anliegen des NPE. Verursachergerechte Entgelte sind durch das StromVG explizit für die Netznutzung vorgeschrieben. Auch für die Stromlieferung verlangt das übergeordnete Recht kostenorientierte und verursachergerechte Entgelte. Diese Vorgaben wirken sich - im Vergleich zum heutigen Tarifsysteem - in unterschiedlicher Weise auf das zukünftige Preisniveau bei den verschiedenen Kundengruppen aus:

a) Haushaltkunden

In der Vergangenheit profitierten die Haushaltkunden von einem sehr günstigen Tarif. Der Stromtarif lag bis anhin weit unter dem Schweizer Durchschnittspreis. Aus diesem Umstand ergeben sich einerseits kaum Energiesparanreize, andererseits werden die Haushaltkunden im Vergleich zu den Gewerbekunden mit identischem Verbrauchsverhalten privilegiert. Dies widerspricht dem Grundsatz einer verursachergerechten und diskriminierungsfreien Tarifgestaltung.

Mit der Einführung des NPE sind Tarifanpassungen nicht zu vermeiden und ein Teil der Haushaltkunden wird, unter der Voraussetzung gleich bleibender übriger Parameter, in Zukunft ein höheres Entgelt für den Strombezug entrichten müssen. Das NPE sieht aber vor, dass das Entgelt für Haushaltkunden auch in Zukunft im Schweizer Mittelwert liegt.

b) Gewerbekunden (KMU)

Die Auswirkungen des NPE auf das Gewerbe sind zum Teil sehr unterschiedlich. Die meisten Betriebe können künftig von günstigeren Elektrizitätskosten profitieren. Einzelne Unternehmen mit überdurchschnittlich grosser Netzbelastung werden jedoch mehr bezahlen müssen.

c) Industrie- bzw. Grosskunden

Das Preisniveau wird im Durchschnitt in etwa gleich bleiben.

3. Im Antrag des ewb-Verwaltungsrats an den Gemeinderat werden Vergleiche mit Tarifmodellen anderer Städte aufgeführt

Der Gemeinderat erwartet von ewb mit jedem Antrag auf Tarifgenehmigung immer auch eine umfassende Information, so auch ein Vergleich mit andern Städten, soweit dieser Vergleich rechtlich zulässig ist. Mindestens ebenso wichtig wird im Hinblick auf die Strommarktöffnung jedoch auch ein Vergleich mit den - nach der Öffnung - zu erwartenden Mitbewerbern von ewb, wie z.B. BKW und Axpo sein.

4. Das Modell ist dem Stadtrat zur Kenntnisnahme und Diskussion vorzulegen

Der Gemeinderat weist darauf hin, dass die politische Beurteilung dieses Geschäfts grundsätzlich Sache des Gemeinderats ist. In Artikel 25 ff. ewr sind Kompetenzen und Verantwortungen zwischen ewb und den Stadtbehörden abschliessend geregelt. Demnach beaufsichtigt der Gemeinderat ewb (Art. 25 Abs. 1 ewr) und verfügt über die hierfür erforderlichen Kompetenzen (Art. 25 Abs. 2 – 5 ewr). Er ist diesbezüglich seinerseits auskunftspflichtig gegenüber der hierfür zuständigen stadträtlichen Kommission (Art. 27 ewr). Das geltende ewr räumt dem Stadtrat einzig die Finanzkompetenz zu bei Veräusserungen von Unternehmensteilen oder eigenen Beteiligungen von mehr als 7 Mio. Franken. Vorbehalten bleiben zudem Entscheide über eine finanzielle Beteiligung und Ausgaben im Zusammenhang mit dem Neubau, der Erweiterung und Erneuerung von Grosskraftwerken im Sinne von Artikel 28 ewr.

Der Gemeinderat hält zudem fest, dass es sich bei den dem NPE zu Grunde liegenden Kalkulationen um sensible Daten handelt, die dem Geschäftsgeheimnis zuzurechnen sind. Er lehnt daher eine Offenlegung dieser Berechnungen ab, da dadurch ewb – so kurz vor der vorgesehenen Strommarktöffnung - ein Wettbewerbsnachteil erwachsen könnte.

Antrag

1. Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion abzulehnen. Er ist jedoch bereit, den Vorstoss als Postulat entgegen zu nehmen.
2. Die Antwort gilt in diesem Fall gleichzeitig als Prüfungsbericht.

Bern, 22. Februar 2006

9 Interpellation Franziska Schnyder (GB): Mehr grüne Kraft: ewb im liberalisierten Energiehandel

Geschäftsnummer 05.000396 / 06/065

Energie Wasser Bern (ewb) ist in erster Linie als Versorgerin von Endkundinnen und -kunden sowie als Verkäuferin von Überschussenergie tätig. Erst in den letzten Jahren wurden auch in die Pumpveredelung und den Eigenhandel intensiviert, da der Energiemarkt zunehmend transparenter und auch liquider wurde. Die Umsätze machen jedoch nur einen Bruchteil der von den grossen Stromhändlern umgesetzten Mengen aus, wie die nachstehende Tabelle der Energieabsätze 2003 an Endkundschaft und Dritte zeigt:

	ewb	BKW	ATEL	Axpo
in GWh	1 641	44 236	68 500	105 444

Dennoch stellt sich die Frage des Eigenhandels auch für die ewb. Aus diesem Grund möchten wir wissen:

In welchem Ausmass beteiligt sich ewb heute schon am Handel im Markt mit Nicht-EndverbraucherInnen?

Gibt es Pläne, dieses Handeln aufzunehmen/zu intensivieren?

Gibt es Pläne, sich an Projekten von Stromveredelung durch Pumptechniken zu beteiligen?

Welche Risiken gehen ewb mit solchen Plänen ein?

Welche Perspektiven haben ewb angesichts der Strommarktöffnung für das eigene Unternehmen entwickelt?

Bern, 25. August 2005

Antwort des Gemeinderats

Die in der Interpellation aufgeworfenen Fragen kann der Gemeinderat wie folgt beantworten.

Zu Frage 1: Im Jahr 2004 setzte Energie Wasser Bern (ewb) insgesamt rund 2 000 GWh Strom ab. Etwa die Hälfte hiervon wurde benötigt, um den Bedarf der Endverbraucherinnen und -verbraucher zu decken.

Der Handel mit Handelspartnern macht demzufolge etwa 1 000 GWh aus, wovon rund 150 GWh Produktionsüberschuss und rund 850 GWh Eigenhandel sind. Für das vergangene (2005) und das laufende Jahr (2006) kann auf Grund der bereits getätigten Termingeschäfte mit etwas höheren Werten gerechnet werden.

Zu Frage 2: Als Folge des Stromausfalls in Italien im September 2003 und aufgrund der daraus gewonnenen Erkenntnisse betreibt die schweizerische Übertragungsnetzbetreiberin ETRANS seit November 2004 ein striktes Sicherheitsmanagement (so genannte „N-1“ Sicherheit). Dieses Konzept soll einen sicheren Netzbetrieb auch dann gewährleisten, wenn ein einzelnes, beliebiges Element im System ausfällt. Das konsequente Sicherheitsmanagement führt nun aber zu teilweisen starken Einschränkungen bei der Stromausfuhr aus Deutschland mit entsprechenden Rückwirkungen auf die Verfügbarkeit und (vor allem) auf die Preise in der Schweiz. Im Zuge dieser Entwicklung haben sich die Rahmenbedingungen für die Marktteilnehmerinnen und -teilnehmer ohne eigene Grenzkapazitäten (wie dies auch für ewb zutrifft) deutlich verschlechtert. Die seit dem 1. Januar 2006 eingeführte Versteigerung von freien Kapazitäten an der deutschen Grenze vermochte diese Entwicklung nicht spürbar zu korrigieren.

Aufgrund dieser Rahmenbedingungen erhöht sich auch das Handelsrisiko. Vor diesem Hintergrund hat ewb entschieden, das Handelsgeschäft bis zur Entspannung der erwähnten Situation tendenziell zu reduzieren. Mitte 2005 hat ewb ein neues informatikgestütztes Handelssystem mit integriertem Risikomanagement eingeführt. Parallel hierzu hat ewb zudem eine interne Weisung über den Stromhandel erlassen. Im Rahmen der damit gesetzten Grenzen (und limitierten Risiken) wird ewb jedoch auch weiterhin versuchen, die Handelschancen auf dem Strommarkt auszunützen.

Zu Frage 3: Nein.

Zu Frage 4: Da eine Beteiligung von ewb an Projekten von Stromveredlung durch Pumpentechniken vorderhand nicht geplant ist, kann die Frage nach den Risiken nur allgemein beantwortet werden. Der Gemeinderat ist der Auffassung, dass die Realisierung von Pumpspeicherkraftwerk-Vorhaben auch mit Risiken verbunden ist: Ist genügend Randstunden- und Wochenendenergie vorhanden, kann der Bedarf an Turbinen- und Pumpleistung für die Netzregulierung erfüllt werden, wie gross ist die Preisdifferenz zwischen Randstunden- und Spitzenenergie und ist die Kapazität der Übertragungsleitungen für den An- und Abtransport der Energie vorhanden. Diese Fragen in Bezug auf die energiewirtschaftlichen Aspekte und die Netzsituation müssten genau geklärt werden, damit eine umfassende Entscheidungsgrundlage für das jeweilige Projekt erstellt werden kann.

Zu Frage 5: Der Gemeinderat vertritt die Auffassung, dass ewb sich aufgrund ihrer bisherigen Geschäftstätigkeit mit einem sehr guten, ausgewogenen Produktions-Portfolio, einem sicheren und wirtschaftlichen Verteilnetz sowie vielen zufriedenen Kundinnen und Kunden eine gute Position als stabiles und anerkanntes Energieversorgungsunternehmen (EVU) geschaffen hat.

Der Gemeinderat ist überzeugt, dass ewb auch in einem (vorerst teilweise) geöffneten Markt ihre Rolle als stabiles EVU wahrnehmen und auch in Zukunft einen guten Service public bieten wird. Die Marktöffnung bietet ewb zudem die Chance, sich vermehrt auch als interessante Alternative in der Agglomeration Bern zu positionieren.

Der Gemeinderat ist sich aber bewusst, dass in einem geöffneten Strommarkt für ewb auch gewisse Risiken liegen: Das Unternehmen muss – um eine für den Markt erforderliche Grösse zu erreichen – die bisher bereits praktizierte Kooperation mit andern EVUs (Swisspower) auf Bereich der Energieversorgung (Produktion/Vertreib/Netz etc.) ausdehnen und allenfalls neue Kooperationen eingehen. So kann der erforderliche Grösseneffekt erzielt werden, um langfristig im geöffneten Markt wettbewerbsfähig und wirtschaftlich bleiben zu können.

Bern, 22. Februar 2006

10 Interpellation Franziska Schnyder (GB): Mehr grüne Kraft: Re-Investitionsplanung bei ewb

Geschäftsnummer 05.000395 / 06/068

Die Energie Wasser Bern (ewb) besitzt ein engmaschiges Netz für die Energieverteilung in den Bereichen Gas und Strom sowie ein Trinkwassernetz. Der Betriebsunterhalt bzw. Sanierungsbedarf des Netzes ist beträchtlich. Eine angemessene Reservebildung ist sachgerecht und sinnvoll, umso mehr als das Endverbrauchernetz bei einer weiteren Öffnung des Strommarktes an zusätzlicher Bedeutung gewinnen wird.

Trotzdem gilt es Augenmass zu behalten und den Unterhaltsbedarf nicht zu dramatisieren. Wir können auch in Zukunft auf ein sicheres Netz zählen. Ebenso kann die Situation der Reserven und der Rückstellungen als gesund betrachtet werden: Ende 2004 betragen die Rückstellungen 121 Mio. Franken und die Reserven und Spezialfinanzierungen 129 Mio. Franken. Nach Abschreibungen von 32 Mio. Franken konnte 2004 immer noch ein stolzer Gewinn von 52 Mio. Franken verbucht werden. Damit ewb auch in Zukunft ein gesundes Unternehmen bleibt und die Stadt mit ökologischer Energie beliefern kann, bitten wir den Gemeinderat, folgende Fragen zu beantworten:

Welche Reinvestitionsplanung besteht für das Netz der ewb in den Bereichen Strom, Gas und Wasser in kurz-, mittel- und langfristigen Hinsicht?

Welche Strategie verfolgt der Gemeinderat nach dem Ersatz der Graugussröhren im Gasbereich? Sollen neue Quartiere mit Gas erschlossen werden?

Gibt es eine koordinierte Strategie des Unterhalts und des Ausbaus des Netzes und weiterer Anlagen der Bereiche Strom, Gas und Wasser?

Bern, 25. August 2005

Antwort des Gemeinderates

Der Gemeinderat kann einleitend festhalten, dass Energie Wasser Bern (ewb) eine nachhaltige Investitionsstrategie verfolgt. Durch eine systematische Erneuerung der Netze und Anlagen sorgt sie für die langfristige Substanzerhaltung und das sichere Funktionieren der Infrastruktur in der Elektrizitäts-, Gas- und Wasserversorgung sowie der Kehrrichtverwertung und Fernwärmeversorgung. Dies bedingt, dass ewb jährlich beträchtliche Erneuerungs- und Erweiterungsinvestitionen tätigen muss. Die in der Bilanz ausgewiesenen Rückstellungen und Reserven geben Aufschluss über den Eigenfinanzierungsgrad des Unternehmens.

Die in der Interpellation aufgeführten Fragen kann der Gemeinderat wie folgt beantworten:

Zu Frage 1: Gemäss geltendem Reglement Energie Wasser Bern (Art. 27) wird die zuständige stadträtliche Kommission vom Gemeinderat über den Jahresabschluss und über die zu erwartende künftige Geschäftsabwicklung orientiert. In seiner Stellungnahme zur Interfraktionellen parlamentarischen Initiative „Lohntransparenz betr. Kaderlöhne und Entschädigungen der Verwaltungsratsmitglieder von Stadtbauten, BERNMOBIL und Energie Wasser Bern“ hat sich der Gemeinderat zudem bereit erklärt, der zuständigen stadträtlichen Kommission auch die detaillierte Investitions- und Finanzplanung zur Kenntnis zu bringen.

Die Aufnahme von zusätzlichen Bestimmungen zur detaillierten Information des Stadtrats und damit der Öffentlichkeit über die mittelfristige Investitions- und Finanzplanung lehnt der Gemeinderat jedoch ab. Eine Veröffentlichung sensibler Daten zur zukünftigen Geschäftsentwicklung kann für ein Unternehmen, das sich wie Energie Wasser Bern im Markt behaupten muss, mit Nachteilen verbunden sein. Die heutige Information ist nach Auffassung des Gemeinderats sach- und stufengerecht.

Zu Frage 2: Der Gemeinderat hat in seiner Eigentümerinnenstrategie festgehalten, dass ewb eine hohe Versorgungsqualität mit Elektrizität, Gas, Wasser und Fernwärme sowie der Kehrichtverwertung aufrecht zu erhalten und diese stetig zu optimieren hat. Entscheide darüber, wie diese Versorgungsqualität erreicht wird, liegen ausschliesslich in der Kompetenz von ewb resp. des Verwaltungsrats ewb.

Der Gemeinderat befürwortet aber die Erschliessung neuer Gebiete, soweit dies wirtschaftlich sinnvoll ist, d.h. die einzelnen Versorgungsgebiete rentabel sind.

Zu Frage 3: Da die Arbeiten für den Unterhalt und den Ausbau der Netze in der Regel in ein und demselben Strassenabschnitt oder Graben anfallen, ist ein koordiniertes Vorgehen unabdingbar. Die Unterhalts- und Ausbauaktivitäten im Rahmen einer mittel- und langfristigen Investitionsplanung können so optimal aufeinander abgestimmt werden, was langfristig zusätzliche Synergiegewinne bringt. Die Koordination mit andern Anlageeigentümerinnen und -eigentümern (Swisscom/Kanalisation etc.) ist über die Koordination im öffentlichen Raum (KöR) unter Federführung des Tiefbauamts der Stadt Bern sichergestellt.

Bern, 28. Februar 2006

Fraktionserklärungen zu den Traktanden 8 bis 10

Franziska Schnyder (GB): Zur Motion bezüglich eines neuen ewb-Tarifsystems: Der Bericht des Gemeinderats zeigt, dass im Bereich der Elektrizitätsversorgung vieles in Bewegung ist. Zu Frage 1: Das neue Preissystem Elektrizität (NPE) muss im Einklang mit der städtischen Energiestrategie 2005-2016 sein. Auch wenn ewb ein ausgelagerter Betrieb ist, gilt immer noch das Primat der Politik. ewb ist kein Privatunternehmen, sondern ein ausgelagerter städtischer Betrieb. Die Politik gibt den Rahmen vor, in dem sich ewb bewegen soll. Es liegt an ewb, sich innerhalb dieses Rahmens marktkonform zu bewegen. Ob das neue Tarifsystem den städtischen Vorgaben entspricht, können wir erst dann erkennen, wenn wir das neue Tarifsystem in den Grundlagen überhaupt kennen und die Energiestrategie verabschiedet beziehungsweise zur Kenntnis genommen haben. Zu Frage 2: Die vom Gemeinderat aufgeführten Vorschläge sind interessant, gehen jedoch zu wenig weit. Innerhalb der Tarifkategorien sollte der ökologisch produzierte Strom mit etwas teurerem konventionellem Strom verbilligt werden. Es gibt einen eklatanten Unterschied zwischen dem Atom- und dem Ökostrompreis. Würde man jedoch die externen Kosten auf den Atomstrom wälzen und in hunderttausend Jahre strahlende Energie aufrechnen, wüsste ich nicht, wie teuer uns eine Kilowattstunde Atomstrom zu stehen käme. Es bedarf eines progressiven Tarifsystems. Wer mehr verbraucht als der Durchschnitt, zahlt pro Mehrbezug auch mehr pro Kilowattstunde. Es kann nicht angehen, dass derjenige, welcher mehr Strom verbraucht pro Kilowattstunde weniger bezahlt,

denn dies fördert den Mehrverbrauch und nicht das Stromsparen. Die Abschaffung des Nachtstromtarifs weist in dieselbe Richtung. Der Nachtstromtarif ist für diejenigen gut, welche Elektrospeicherheizungen oder Elektroboiler haben. Dies sind Strom fressende Technologien, welche nicht weiter gefördert werden sollten. Die Elektrizitätswerke Zürich haben einen Effizienzbonus eingeführt. Firmen und Unternehmen, welche sich an den Sparbemühungen beteiligen, können sich beim ewz zertifizieren lassen. Eine Möglichkeit bestünde auch darin, dass ewb allen Ökostrom anbietet. Wer dies nicht möchte, muss sich bei ewb melden und kann dann konventionellen Strom einkaufen. Da es heute gerade umgekehrt ist, erstaunt es nicht, dass ewb Mühe hat, den Ökostrom insbesondere bei Privaten abzusetzen. Zu Punkt 3: Es gilt, gleiches mit gleichem zu vergleichen. ewb ist keine regionale Stromversorgerin wie axpo oder BKW. ewb sollte sich stärker an den Tarifmodellen der Elektrizitätswerke Zürich oder der Struktur und Energiepolitik der Elektrizitätswerke Basel orientieren. In Basel Stadt gibt es null Atomstrom und dennoch kann der hohe Strombedarf der chemischen Industrie abgedeckt werden. Zu Punkt 4: Es geht nicht darum, Geschäftsgeheimnisse der ewb zu verraten, wie dies der Gemeinderat befürchtet. Es geht uns vielmehr darum, dass der Stadtrat darüber informiert wird, wie das neue Tarifsysteem und die Energiestrategie zusammenspielen und wie die politischen Vorgaben umgesetzt werden. Ich nenne hier die Stichworte progressive Tarifsysteme, Effizienzsteigerung und die Abschaffung des Nachtstromtarifs. Bereits heute kann der Tarif der verschiedenen Kategorien auf der ewb-Homepage eingesehen werden. Aus diesem Grund ist es nicht nachvollziehbar, weshalb der Gemeinderat meint, er müsse Geheimniskrämerei betreiben. Es scheint mir klar, dass die Motion der Kompetenzordnung nicht entspricht. Das ewb-Reglement räumt uns keine Kompetenz ein, hier einzugreifen. Aus diesem Grund wandle ich die Motion in ein Postulat um. Ich bin mit der Antwort des Gemeinderats jedoch nicht zufrieden und verlange einen neuen Prüfungsbericht. Zu Traktandum 9: Wir sind mit der Interpellationsantwort nur teilweise zufrieden und hoffen, dass ewb den Antworten nachlebt. Wir verweisen darauf, dass ewb ausführt, sie habe keine Pläne sich an Projekten der Stromveredelung durch Pumpentechnik zu beteiligen. Dies muss auch für Betriebe wie KWO, an denen ewb Beteiligungen hat, gelten. Wir nehmen die Antwort sehr ernst und werden die Sache genau weiterverfolgen. Wir nehmen mit Genugtuung zur Kenntnis, dass ewb sich die Elektrizitätswerke Basel zum Vorbild macht und ebenfalls zum Player in der Stromgewinnung in der Region Bern werden möchte. Zu Traktandum 10: Wir sind von der Antwort auf die Interpellation nur teilweise zufrieden. Wir hoffen, dass die finanzielle Transparenz tatsächlich stufen- und sachgerecht hergestellt wird. Ich möchte auf die Grundzüge des Tarifsystems verweisen und hoffe, dass hier etwas mehr Transparenz geschaffen wird.

Conradin Conzetti (GFL) für die Fraktion GFL/EVP: Der Stromtarif soll mittel sein, damit die Kosten gedeckt werden. Falsch. Der Stromtarif soll hoch sein, damit Gewinne erwirtschaftet werden können, welche ewb und der Stadt zugute kommen und 10% für den Ökofonds abtragen. Falsch. Der Stromtarif soll tief sein, damit ewb im Markt bestehen kann. Falsch. Der Stromtarif soll hoch sein, damit man Strom sparen muss. Wir müssen uns daran gewöhnen, dass die Strompreise immer mehr steigen werden und müssen lernen, damit zu leben. Die Stromtarife sollen zudem differenziert werden nach Privaten, KMU und Grosskunden. Dazu kommt, dass Ökostrom gefördert werden soll. Dieser sollte nicht nur eine kleine Nische von 5% sein, sondern er soll zum Normalstrom werden. Darin besteht das eigentliche Ziel. Die Sache mit dem Strompreis ist nicht ganz einfach. Für die Fraktion GFL/EVP hat die ökologische Frage Priorität. Dies ist das Wichtigste, wenn man nicht nur in Jahren und für die Region denkt, sondern in Jahrzehnten und für weitere Gebiete, denn das Ganze ist eine weltweite Angelegenheit. Die in der Motion angesprochenen Themen sind sehr wichtig. Stadtrat, Gemeinderat und Bevölkerung tragen als Eigentümerin von ewb eine grosse Verantwortung. Die gestellten Fragen sind eigentlich Selbstverständlichkeiten. Es ist wichtig zu wissen, wie sich

die Preispolitik auf die Strategie abstützt. Man muss zuerst eine Strategie haben, um sagen zu können, wie sich die Tarife gestalten. Die Energiestrategie ist unterwegs und aus diesem Grunde kann man noch nichts dazu sagen, wie sich Gemeinderat und ewb nach dieser Strategie richten werden. Da auch der Bericht diesbezüglich noch keine Antworten geben kann, werden wir diesen ablehnen. Wir haben einiges dazu gehört, wie das Sparen mit der Tarifstruktur zusammenhängt. Selbstverständlich müssen Vergleiche mit Modellen anderer Städte gezogen werden. Die Fragen bedeuten nicht ein Diskussionsmonopol des Gemeinderats, sondern betreffen den Stadtrat und alle Bürgerinnen und Bürger. Es geht nicht um das Ausplaudern von Geschäftsgeheimnissen im Detail, sondern um die grundlegenden Linien des Modells nach welchem die Tarife in diesem komplexen Tarifgebildesystem gestaltet werden sollen. Diese Fragen berühren auch die Auslagerungs- und Kompetenzproblematik, wie es Daniele Jenni bereits erwähnt hat. Sie berühren die ganze Kette von Gemeinderat, ewb, BAK, Stadtrat und Stimmbürgerinnen und -bürger. Es ist wichtig, dies zu überprüfen und in diesen Zusammenhängen zu diskutieren. Die Interpellationen und die Antworten zeigen den grossen Bedarf an Weiterarbeit und Diskussion. In der Antwort des Gemeinderats zum liberalisierten Energiehandel gibt es einige Unklarheiten. Bezüglich Pumpentechnik schreibt der Gemeinderat, diese werde vorderhand nicht geplant. Entsprechend könne man sich zu den Risiken nur sehr allgemein äussern. In der Antwort zu Frage 5 schreibt der Gemeinderat ebenfalls, man könne nur sehr allgemein über die Perspektiven reden. Diese Antworten zeigen, dass noch viel Diskussions-, Kampf- und Auseinandersetzungsbedarf besteht.

Ruedi Keller (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Die SP/JUSO-Fraktion ist mit der Stossrichtung der umgewandelten Motion einverstanden. Es ist wichtig, dass ein Tarifsysteem strategisch ausgerichtet ist und Anreize zur Umsetzung dieser Strategie schafft. Wir erachten es zudem als wichtig, dass die Förderung des Energiesparens, der Energieeffizienz sowie des Ökostroms weiter zunimmt. Ebenso ist es wichtig, dass keine Quersubventionierung der Strombezügerinnen und -bezüger in Privathaushalten Richtung Industrie und Wirtschaftsunternehmen stattfindet. Wenn man die Aufstellung der Stromtarife in den verschiedenen Schweizer Städten vergleicht, könnte man, insbesondere wenn man in bestimmten Westschweizer Energieunternehmen gewisse Differenzen sieht, auf die Idee kommen, dass es nur aufgrund der Mitfinanzierung der Privathaushalte möglich sei, der Wirtschaft günstigere Tarife anzubieten. Damit wird die wichtige Forderung nach Energiesparen umgangen, indem den Grossverbrauchern in der Wirtschaft billiger Strom angeboten und damit Anreize zu einem erhöhten Verbrauch geschaffen werden. Die Fraktion SP/JUSO würde die Antwort als Prüfungsbericht annehmen. Wir wissen, dass morgen eine Pressekonferenz stattfindet, an der den Medien das Tarifsysteem oder das Tarifkonzept vorgestellt wird. Ich möchte darum bitten, vielleicht bereits heute Abend diesbezüglich etwas zu sagen. Es macht aus unserer Sicht keinen Sinn, einen neuen Bericht zu verlangen, wenn das Ganze morgen den Medien bekannt gegeben wird. Bezüglich der Interpellationen sind wir froh, gewisse Antworten erhalten zu haben. Es ist klar, dass ewb ein kleiner und BKW ein mittlerer Player ist, während es noch ganz grosse auf schweizerischer und europäischer Ebene gibt. Wir sind insofern beruhigt, als Investitionen in Pumpspeicherkraftwerke im Moment kein Thema sind. In näherer Zukunft werden sie wohl ein schwierigeres Thema werden, wenn man davon ausgeht, dass mit der Verknappung von Energie auch der Kampf um diejenigen Segmente beginnen wird, welche für den Handel tauglich sind und kleinere und mittlere Player keine Chance haben werden. Dies wird dazu führen, dass solche Investitionen kaum mehr innerhalb einer vernünftigen Frist amortisiert werden können. Ich habe im Zuge der Vorbereitung auf heute Abend die Kommunikation von ewb während der letzten Jahre genauer betrachtet. Ich habe festgestellt, dass die Informationen ziemlich gut fliessen und man auf Anfrage die gewünschten Informationen erhält. Ich wurde aufgefordert zu sagen, dass ewb bereit wäre, die Fraktionspräsidien zu informieren und diese

Möglichkeit wahrgenommen werden sollte. Zudem wäre man froh, wenn der Brief an die BAK bezüglich einer zusätzlichen Informationsveranstaltung beantwortet würde. Die Fraktion SP/JUSO unterstützt das Postulat und bittet um die Abschreibung des Berichts, da es keinen Sinn macht, einen neuen Bericht zu verlangen, wenn das Ganze morgen den Medien bekannt gegeben wird.

Peter Bernasconi (SVP) für die Fraktion SVP/JSVP: Strom wird produziert und die Rechnung wird nach Abgabe und Verbrauch gestellt. Wenn man nun sagen möchte, dass der Strom aus Atomenergie, aus erneuerbarer Energie oder aus Solarenergie stammt, müsste man theoretisch jedem Kunden und jeder Kundin von jedem Teil einen kleinen Anteil verrechnen und so den Tarif fixieren. Es ist völlig illusionär zu meinen, man könnte mit einem solchen Tarifsystem etwas steuern. Man kann mit dem Tarifsystem steuern und selbstverständlich mit der Preisgestaltung Einfluss darauf nehmen, wie man neue erneuerbare Energien fördern möchte. Man kann auch den Verbrauch reduzieren. Es gilt jedoch zu beachten, dass Preiserhöhungen den Verbrauch nur beschränkt beeinflussen. Die Tatsache, dass die Gelder, welche als Zoll auf die fossilen Brennstoffe, welche aus dem Ausland importiert werden, geschlagen werden, teilweise mehr als 100% betragen, hat noch keine Sparanreize geschaffen. Mit zwei oder drei Rappen Preiserhöhung werden wir keinen Einfluss auf den Verbrauch nehmen können. Die Fraktion SVP/JSVP lehnt die Motion ab.

Direktorin SUE *Barbara Hayoz* für den Gemeinderat: Ich habe geplant, dem Stadtrat bereits heute zu erzählen, was wir morgen den Medien präsentieren werden. Der Gemeinderat hat an der Sitzung vom letzten Mittwoch dem neuen Preissystem Elektrizität zugestimmt. Dieses Preissystem soll auf den 1. Januar 2007 eingeführt werden. Da die Sache im Kompetenzbereich des Gemeinderats liegt, konnte er diesen Beschluss fassen. Das neue Preissystem bringt primär eine Vereinfachung der Tarifstruktur. Die Kundinnen und Kunden von ewb können künftig zwischen mehreren Stromprodukten wählen. Damit soll der Verkauf von Strom aus erneuerbaren Energien gefördert werden. Mit dem neuen Preissystem Elektrizität werden die Tarife neu konzipiert und vereinfacht. Kundinnen und Kunden können zwischen mehreren Stromprodukten wählen. Diese haben eine unterschiedliche Herstellungsart. Damit wissen die Kundinnen und Kunden welches Stromprodukt sie kaufen. Mit den grösseren Wahlmöglichkeiten möchten wir die Kundinnen und Kunden dazu bewegen, Strom bewusst einzukaufen und auch Strom aus erneuerbaren Energien zu beziehen. Im Bezug auf die Kundenfreundlichkeit bringt das System vor allem Transparenz und erfüllt Anforderungen an verursachergerechte und im nationalen Vergleich attraktive Preise für alle Kundinnen und Kunden. Mit der freien Wahl der Stromprodukte möchten wir der Förderung erneuerbarer Energien Vorschub leisten. Kundinnen und Kunden können selber entscheiden, in welchem Umfang sie Strom aus erneuerbaren Energieträgern beziehen möchten. Wir möchten mit den neuen Energiepreisen zudem die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Bern stärken, indem auch Geschäftskunden Rahmenbedingung vorfinden, innerhalb derer sie gezielt und bewusst Strom einkaufen können. In Bezug auf Privathaushalte war es bisher so, dass diese von einem sehr günstigen Tarif profitieren konnten. Aufgrund dieser Ausgangslage existierten für Privathaushalte kaum Energiesparanreize. Zudem waren im Vergleich zu den Gewerbekunden mit einem identischen Verbrauchsverhalten privilegiert. Dies widerspricht dem Grundsatz einer verursachergerechten und diskriminierungsfreien Tarifgestaltung. Aus diesem Grund werden die neuen Strompreise für Privathaushalte tendenziell höher als heute. Bei den meisten Kundinnen und Kunden wird die monatliche Stromrechnung jedoch lediglich um wenige Franken höher ausfallen. Damit möchten wir den Kundinnen und Kunden ermöglichen, die Kosten durch eine verbesserte Energieeffizienz aufgrund eines veränderten Verbrauchsverhaltens zu reduzieren. Für die KMUs werden die Auswirkungen unterschiedlich sein. Die meisten Betriebe werden in

Zukunft von günstigeren Elektrizitätstarifen profitieren. Einzelne Unternehmen, welche eine überdurchschnittlich hohe Netzbelastung haben, werden in Zukunft mehr zahlen müssen. Bei den Grosskundinnen und -kunden wird das Preisniveau praktisch gleich bleiben wie heute. Es war bereits in den Zeitungen zu lesen, dass der Vergleich der ewb-Tarife mit den schweizerischen Durchschnittspreisen gezeigt hat, dass Bern eine Tiefpreisinsel ist. Wir sind davon überzeugt, dass mit dem neuen Preissystem attraktive Elektrizitätspreise angeboten werden, welche auch in Zukunft unter dem schweizerischen Durchschnitt liegen werden. Bezüglich der Notwendigkeit der neuen Tarifstruktur hat der Gemeinderat festgehalten, dass die Tarife letztmals 1998 grundlegend überarbeitet wurden. Wir wissen, dass seit einem Bundesgerichtsurteil von 2003 der Schweizer Strommarkt kartellrechtlich bereits geöffnet ist. Gemäss diesem Urteil müssen Energieversorgungsunternehmen akzeptieren, dass Kundinnen und Kunden Strom eines anderen Anbieters erhalten und die Unternehmen lediglich für die Benutzung des Netzes ein Entgelt erhalten. Damit die so genannte Durchleitung dieses Urteils möglich ist, müssen wir den Preis für die Netznutzung von dem des bezogenen Stromes trennen. Für die Netzinfrastruktur ist ein Preis festgelegt, der bezahlt werden muss, während es für die Stromlieferung einen separaten Preis gibt. Wir werden in Zukunft fünf verschiedene Produkte anbieten, von denen eines Atomstrom und die anderen Mixprodukte sind. So gibt es ein Produkt, welches Wasserkraft beinhaltet und ein anderes, welches aus Solarenergie stammt. Es ist zudem vorgesehen, dass die Kundinnen und Kunden zunächst das Stromprodukt aus Wasserkraft bekommen werden und sich dann unter Umständen bewusst für ein anderes Produkt entscheiden müssen. Damit kommen wir der Forderung nach, nicht von Anfang an das günstigste Produkt, sondern ein ökologisches Produkt anzubieten. Im Zusammenhang mit der Genehmigung der neuen Preise hat der Gemeinderat ewb einen Prüfungsauftrag erteilt. ewb muss dem Gemeinderat bis Ende diesen Jahres aufzeigen, wie es durch weitere Massnahmen wie Stromsparfonds, Förderabgaben, Effizienzbonus oder weiteren Anreizsystemen die Kundinnen und Kunden dazu bewegen kann, vermehrt erneuerbare Energie nachzufragen und damit in diese Energieformen investieren zu können.

Die Interpellantin von Traktandum 9 und 10 ist mit der Antwort des Gemeinderats auf die beiden Interpellationen **teilweise** zufrieden.

Beschlüsse

zu Traktandum 8

1. Der Rat überweist die in ein Postulat umgewandelte Motion Franziska Schnyder (GB): Neues ewb-Tarifsystem mit 53 : 18 Stimmen.
2. Der Rat genehmigt die Stellungnahme des Gemeinderats mit 47 : 13 Stimmen bei 10 Enthaltungen als Prüfungsbericht.

- Die Traktanden 11 bis 15 werden auf eine spätere Sitzung verschoben. -

Eingänge

Es werden drei Motionen eingereicht und an den Gemeinderat weitergeleitet, nämlich:

Motion Fraktion SP/JUSO (Christof Berger, SP): Das heutige Gelände der KVA zum Wohnen und Leben

Dass die Tage der Kehrrechtverbrennungsanlage (KVA) am Warmbächliweg im Holligenquartier gezählt sind, ist seit längerer Zeit bekannt. Die Anlage platzt aus allen Nähten und ist aus städteplanerischer Sicht am falschen Ort. Die Planung für einen neuen Standort beim Forsthaus ist bereits weit fortgeschritten und in der öffentlichen Auflage. Was aber mit dem bestehenden Gelände und den sich dort befindlichen Bauten passieren soll, ist hingegen erst in der internen Abklärung. Laut Stadtplanungsamt steht primär eine Wohnnutzung für das frei werdende Areal im Vordergrund. Eine erste Evaluationsstudie liegt vor.

Bei der Neugestaltung des Areals am Warmbächliweg harren allerdings etliche Fragen noch der Klärung. So gibt es denkmalpflegerische Bedenken und Auflagen. Die Planung muss daher evaluieren, ob sich diese Gebäude und Gebäudeteile für eine Umnutzung effektiv eignen. Weiter muss erst abgeklärt werden, ob das Gelände und die Bauten durch die Nutzung als Kehrrechtverbrennungsanlage mit Schadstoffen kontaminiert sind oder ob die Bausubstanz wegen allfälliger Geruchsemissionen für eine Wohnnutzung verwendbar ist. Denkbar wäre selbstverständlich auch ein vollständiger Abbruch und Neubau. Während man beim Stadtplanungsamt von einer eher vernachlässigbaren Kontaminierung der Böden ausgeht, wurde der Auftrag zur Erstellung einer Studie über den diesbezüglichen Zustand der Gebäude formuliert und an Energie Wasser Bern (ewb) weitergeleitet.

Das Holligenquartier ist ein Stadtteil mit beträchtlichem Entwicklungspotenzial. Diese Entwicklung gilt es nun tatkräftig anzuschieben. Die Planung im Holligenquartier muss im Gesamtzusammenhang mit der Entwicklung im Westen Berns gesehen werden (Europaplatz/ESP Ausserholligen, Brünnen, Westside etc.). Wir unterstützen die Bestrebungen des Stadtplanungsamts, auf dem heutigen KVA-Areal primär auf Wohn- und Lebensraumnutzung zu setzen. Wir erwarten ein Wohn-Subzentrum mit einer entsprechenden Gestaltung des Wohnumfeldes und des öffentlichen Raums. Zudem muss die gegenwärtig hohe Verkehrsbelastung wieder auf ein quartierverträgliches Mass reduziert werden. Insbesondere dürfen die oben erwähnten Einschränkungen und offenen Fragen nicht dazu führen, dass vom Konzept der primären Wohnnutzung abgewichen wird. Wir erwarten vom Gemeinderat, dass er die Klärung der offenen Fragen zügig vorantreibt und die Planung rechtzeitig vor der Abstimmung zur neuen KVA beim Forsthaus vorlegt. Bei der Planung ist die Quartiermitwirkung QM3 einzubeziehen.

Wir fordern den Gemeinderat auf,

1. eine Überbauungsordnung unter Einbezug der Quartiermitwirkung QM3 zu erarbeiten, mittels welcher das Gelände der heutigen KVA von der Freifläche b (Zone für private Bauten und Anlagen im allgemeinen Interesse b) der Wohnzone a (neu: Wohnzone W) und der Lärmempfindlichkeitsstufe ES II zugeteilt wird
2. dem Stadtrat diese Überbauungsordnung vor der Abstimmung zur neuen KVA beim Forsthaus vorzulegen.

Bern, 4. Mai 2006

Motion Fraktion SP/JUSO (Christof Berger, SP), Giovanna Battagliero, Thomas Göttin, Ruedi Keller, Margrith Beyeler-Graf, Andreas Zysset, Miriam Schwarz, Rolf Schuler, Liselotte Lüscher, Hasim Sönmez, Annette Lehmann, Claudia Kuster, Michael Aebbersold, Andreas Krum-

men, Corinne Mathieu, Stefan Jordi, Beni Hirt, Sarah Kämpf, Gisela Vollmer, Ursula Marti, Beat Zobrist, Raymond Anliker

Motion Fraktion SVP/JSVP (Thomas Weil, SVP): 10 Jahre Fachstelle für die Gleichstellung von Mann und Frau sind genug!

Eine Nützlichkeitsanalyse der Fachstelle für die Gleichstellung von Mann und Frau ergibt nach 10 Jahren eine derart nüchterne Bilanz, dass deren weitere Daseinsberechtigung unbestrittenermassen in Frage gestellt werden muss.

Die Förderung der Teilzeitarbeit bzw. des Frauenanteils im Kader beispielsweise kann durch das Personalamt wahrgenommen werden. Um über die gesellschaftspolitische Relevanz der Vereinbarkeit von Beruf und Familie philosophieren zu können, bedarf es keiner Fachstelle.

Das Zusammenwirken und die entsprechende Gewichtung von Beruf und Familie betrachten die meisten Paare bzw. Familien nach wie vor als Privatsache; der Staat ist hier überflüssig.

Auch zur Abhaltung eines jährlichen Tochtertages bedarf es keines eigenen Büros.

Anschaulich für die Bedeutung der Fachstelle sind zum Beispiel das Projekt „Frauen an die Mäuse“ (junge Frauen unterrichten Seniorinnen im Internetsurfen und Mailen), das Projekt „Avanti“, bei welchem Mädchen einen handwerklichen oder technischen Beruf kennenlernen und Knaben Teilzeit erwerbstätige Väter zu Hause und im Betrieb begleiten; auch dazu bedarf es eindeutig keiner speziellen Fachstelle.

Zudem hat die Fachstelle mit offenbar 200 Anfragen pro Jahr eine erschreckend geringe Arbeitsauslastung. Bei rund 220 jährlichen Arbeitstagen entfällt nicht einmal eine Anfrage pro Tag. Im Weiteren werden oft auch Auskünfte an private Arbeitnehmende – also ausserhalb der Stadtverwaltung – erteilt.

Die Fachstelle für die Gleichstellung von Mann und Frau ist offenbar nichts anderes als eine Regenbogenstelle, die Bereiche des Jugendamtes, der Ombudsstelle, der Kitas sowie des Personalamtes wahrnimmt.

Für unsere Fraktion ergibt eine Standortbestimmung nach 10 Jahren ein ziemliches Armutszeugnis. Die Aufhebung dieser Fachstelle ist damit überfällig.

Somit hat der Gemeinderat dem Stadtrat aufzuzeigen, wie die Aufhebung umgesetzt werden soll.

Bern, 4. Mai 2006

Motion Fraktion SVP/JSVP (Thomas Weil, SVP), Simon Glauser, Ueli Jaisli, Rudolf Friedli, Beat Schori, Peter Bühler, Peter Bernasconi

Motion Fraktion SVP/JSVP (Thomas Weil, SVP): Die Hallenbadordnung im Wylerbad kann durch die Sperrung des Sprungturmes optimiert werden

Im Rahmen unserer abgelehnten Motion vom 23. Februar 2006 betreffend Optimierung des Schwimmbetriebes im Wylerbad ist ein protokollarisch zwar festgehaltener Vorschlag im Wasser untergegangen.

Das Problem des akuten Platzmangels, das heisst einer benutzbaren Wasserfläche von 6 Quadratmeter Wasserfläche für den durchschnittlichen Schwimmer und 20 Quadratmeter für die privilegierten Sportlerinnen kann während der grössten Andrangzeit wie folgt sehr leicht entfernt werden: Der Sprungturm ist zwischen 18.00 Uhr und 19.00 Uhr zu sperren, so dass eine dritte Bahn für das arme, eingepferchte Volk frei ist.

Bern, 4. Mai 2006

Motion Fraktion SVP/JSVP (Thomas Weil, SVP), Rudolf Friedli, Simon Glauser, Ueli Jaisli, Peter Bühler, Marcus Häberli, Peter Bernasconi

Schluss der Sitzung: 19.15 Uhr

Namens des Stadtrats

Der Präsident: *Peter Künzler*

Die Protokollführerin: *Adrienne Hochuli*